

Andreas Kemper
März 2014

Keimzelle der Nation?

Familien- und geschlechter-
politische Positionen
der AfD – eine Expertise

Mut zur
Wahrheit

FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG

Forum Politik
und Gesellschaft



INHALT



INHALT	
1	EINFÜHRUNG _____ 7
2	FAMILIEN- UND GESCHLECHTERPOLITISCHE POSITIONEN DER AFD _____ 11
2.1	Fraktionen und Interessengruppen in der AfD _____ 12
2.1.1	Erna _____ 12
2.1.2	Junge Alternative _____ 13
2.1.3	Kolibri _____ 14
2.1.4	Patriotische Plattform _____ 14
2.1.5	Zivile Koalition e.V. _____ 15
2.1.6	Christen in der Alternative für Deutschland _____ 16
2.2	Offizielle Stellungnahmen zu familien- und geschlechterpolitischen Themen _____ 19
2.2.1	Bundestagswahl-Pogramm 2013 _____ 19
2.2.2	Argumentationsleitfaden zur Bundestagswahl 2013 _____ 20
2.2.3	Beschlüsse des Landesverbandes NRW 2013 _____ 21
2.2.4	Beschlüsse zum Landeswahlprogramm AfD-Sachsen 2014 _____ 22
2.2.5	Europawahl-Programm 2014 _____ 22
2.3	Weitere familien- und geschlechterpolitische Positionierungen _____ 25
2.3.1	›Familie als Keimzelle der Nation‹ versus ›mediendominierende Homolobby‹ _____ 25
2.3.2	Gleichstellungspolitik _____ 26
2.4	Geschlechterpolitische Kontroversen _____ 28
2.4.1	Auseinandersetzungen um die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft _____ 28
2.4.2	Geschlechterkonservative Mütterlichkeit versus Maskulismus _____ 30
2.5	Zwischenfazit _____ 31
3	ABTREIBUNGSGEGNER_INNEN UND AFD – PERSONELLE UND INHALTLICHE ÜBERSCHNEIDUNGEN _____ 33
3.1	Radikale Abtreibungsgegner_innen im deutschsprachigen Raum _____ 34
3.2	Personelle und inhaltliche Überschneidungen zwischen AfD und radikalen Abtreibungsgegner_innen _____ 36
3.2.1	Europäische Bürgerinitiative ›One-of-Us‹ _____ 37
3.2.2	Kontroverse um den Estrela-Bericht _____ 38
3.2.3	Bildungsplan 2015 _____ 40
4	ZUSAMMENFASSUNG _____ 43
	LITERATUR _____ 47

Die ›Alternative für Deutschland‹ wurde im Februar 2013 als Bundespartei von einer kleinen Gruppe ehemaliger CDU-Mitglieder und parteipolitisch ungebundener Journalist_innen und Lobbyist_innen installiert.¹ Das dünne Wahlprogramm wurde auf einem eilig durchgeführten Gründungsparteitag abgenickt. Eine herkömmliche basisdemokratische Entwicklung, wie man sie in der Gründungsphase anderer (ehemaliger) Protestparteien wie Bündnis 90/Die Grünen, der WASG und den Piraten beobachten konnte, fehlt bei der AfD. Während die anderen genannten Parteien aus lokalen Initiativen hervorgingen und sich erst allmählich zu einer Bundespartei formierten, wurde die AfD „von oben“ gegründet; die Programmdiskussion findet auf Diskussionsplattformen im sozialen Netzwerk Facebook statt.

In Ermangelung von Parteiprogrammen und Strategiepapieren zum aktuellen Zeitpunkt kann auf die sehr transparente Diskussion diverser Facebookseiten zurückgegriffen werden. Diese Statements sind jedoch unter dem Vorbehalt zu lesen, dass sie nicht zwingend offizielle Verlautbarungen der Partei sind, wie dies etwa bei autorisierten Pressemitteilungen oder anderen von den Organen der AfD herausgegebenen Papieren der Fall wäre. Durch diese Praxis entzieht sich die AfD weitgehend der Angreifbarkeit. Sie kann über ihre offizielle Facebookseite Positionen vermitteln, sich aber auf den Standpunkt zurückziehen, dass dies keine offiziellen Positionen seien.

Dies vorausgesetzt wird die vorliegende Expertise zentral auch auf die Facebookseiten der AfD zurückgreifen. Legitim ist diese Herangehensweise vor allem auch deshalb, weil die AfD strukturell die zentrale Rolle der Parteien im bundesrepublikanischen Parlamentarismus kritisiert. Sie stellt Parteien als bürokratische Apparate dar, hinter denen politische Persönlichkeiten verschwinden. Letzteren möchte die AfD stärkeres Gewicht verleihen. An diesem Anspruch gemessen, macht es Sinn, sich die Statements der exponierten Parteimitglieder der AfD genauer anzuschauen.

In dieser Expertise werden die familien- und geschlechterpolitischen Einstellungen der AfD untersucht, sowie mögliche Verbindungen und Überschneidungen mit radikalen Abtreibungsgegner_innen. Entsprechend ist die Expertise in zwei Abschnitte aufgeteilt. Zunächst wird die Familien- und Geschlechterpolitik untersucht. In einem dann folgenden Teil wird grob die deutsche Szene der Abtreibungsgegner_innen skizziert, um dann zu schauen, ob es Verbindungen mit relevanten Teilen der ›Alternative für Deutschland‹ gibt.

[1] Zur Entstehungsgeschichte der Alternative für Deutschland ausführlich: Kemper 2013: 17–48

2.1 FRAKTIONEN UND INTERESSENGRUPPEN IN DER AFD

Wie bereits in der Einleitung bemerkt, ist die AfD keine gewachsene, sondern eine installierte Partei. Dies soll nicht ausschließen, dass es Gruppen gibt, die viel älter als die AfD sind und innerhalb (oder auch außerhalb) der AfD bestimmte Interessen verfolgen. So sind vereinzelt kommunale Wählerlisten der Freien Wähler zur AfD gewechselt. Aber auch Hayek-Gruppen scheinen vor Ort mit AfDler_innen zusammen zu hängen. Und es gibt kleinere und größere Kampagnennetzwerke (wie die Zivile Koalition e.V.), die mit der AfD mehr oder weniger verbunden sind. Und es haben sich in der AfD politische Interessengruppen gegründet, die zum Teil sich widersprechende Standpunkte vertreten. Fünf dieser Gruppen werden kurz vorgestellt.

2.1.1 Erna

Erna ist ein Frauennetzwerk innerhalb der AfD. Es wurde von der stellvertretenden Sprecherin der AfD, Patricia Casale, initiiert. Seit dem 31.12.2013 existiert eine Facebookseite, auf der es heißt:

»ERNA als Organisation in der AltERNative für Deutschland (AfD) ist sich der Notwendigkeit bewusst, die politische Repräsentanz der Frau in der Gesellschaft zu fördern und zu unterstützen. Frauenpolitik ist Politik aus der Gesellschaft - für die Gesellschaft. ERNA setzt sich für die Interessen von Frauen aller Kulturen und Religionen in einem starken Deutschland und friedlichen Europa ein und möchte dazu beitragen, Frauen zur Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen zu ermutigen.« (Erna 2013)

Als Adresse ist die Geschäftsstelle des Landesverbandes der AfD Berlin angegeben. Die dort angegebene Website existiert am 7.3.2014 noch nicht. Es fällt auf, dass gegenüber den 92.916 Likes der offiziellen Facebook-Seite der AfD die offizielle Facebook-Seite ERNA mit 159 Likes verhältnismäßig wenig Zuspruch findet – vor allem im Vergleich zu anderen Parteien, wo das Verhältnis sehr viel ausgeglichener ist. Auch die Beiträge auf der Facebook-Seite ERNA werden kaum »geteilt«, »geliket« oder kommentiert.

Die Facebookbeiträge der Betreiberinnen positionieren sich gegen Gewalt in der Familie ((sexualisierte) Gewalt gegen Frauen), Geschlechtsverstümmelung und Pädophilie. Feministische Aktionen wie One Billion Rising werden beworben, ebenso ein Aufruf zur Solidarität mit Hebammen. Zudem wird die Doppelbelastung von Frauen (Familie und Beruf) problematisiert. Es wird sich gegen die Frauenquote ausgesprochen. Kritisiert werden frauenfeindliche Praxen in islamischen Ländern und sogenannte »sozialistische Umgestaltungen der Familienpolitik«. Zum Thema

Schwangerschaftsabbruch wird ein Beitrag verlinkt, wo dieser anregt: *»Meine Idee ist nicht, dass die AfD die Rechtszustände der 60er Jahre wieder herstellt, sondern dass man eine Diskussion führt, wie die Zahl der Abtreibungen auf – sagen wir 50.000 – gesenkt werden könnte? Da gibt es bestimmt Mittel und Wege, und die absehbare demografisch-ökonomische Katastrophe sollte unser Denken beschleunigen.« (Osbild 2014)*

Auf die Frage, wen Patricia Casale am liebsten im Europa-Parlament sähe, nannte sie als erstes Beatrix von Storch. Im selben Interview problematisierte sie, dass die Medien tagelang über das Coming Out des schwulen Fußballspielers Hitzlsperger berichteten, *»Als hätten wir sonst keine Probleme!«*. Als »wirkliche« Probleme benannte sie die Altersarmut von Rentnerinnen und dass Frauen mit Kindern steuerrechtlich nicht als Familie anerkannt seien. Frauenquoten lehnte sie rigoros ab. Die Gründerin von ERNA sieht eine Benachteiligung von Frauen: *»Aufgrunddessen, dass Frauen in der Politik keine Lobby haben, weil die meisten sich nicht für Politik interessieren, werden sie benachteiligt.« (Casale 2014)*

2.1.2 Junge Alternative

Die Junge Alternative (JA) ist die Jugendorganisation der AfD. Als solche positioniert sie sich anscheinend rechts vom AfD-Mainstream, so besuchte eine Delegation der JA das als neu-rechts geltenden Studienzentrum Weikersheim (Junge Alternative - BW 2013) und so lud die JA NRW den Rechtspopulisten Nigel Farage (UKIP) ein (Junge Alternative - NRW 2014), obwohl der Bundesvorstand eine Zusammenarbeit mit der UKIP ausschloss.

Bereits am 1. April 2013, also noch vor dem Gründungsparteitag der AfD, bezog die JA genderpolitisch Stellung, in dem sie einen Artikel des Rechtspopulisten Wolfgang Hübner aus Frankfurt a. M. nicht nur auf der JA-Facebook-Seite abdruckte, sondern mit der Einleitung bewarb: *»Wolfgang Hübner, ein überaus intelligenter und in jeder Hinsicht begabter Politiker, der Vorsitzende der Freien Wähler in Frankfurt (eine der berühmtesten und besten FW-Fraktionen) hat einen Text über unsere Partei AfD verfasst, die diese unserer Meinung nach sehr zutreffend beschreibt.« (Junge Alternative 2013)* In diesem Text forderte Hübner, dass die AfD eine »atmende Partei« sein solle, die sich gegen die vermeintlich medienbeherrschende »Homolobby« stellen solle. (vgl. Kapitel 2.3.1 »Familie als Keimzelle der Nation« versus »mediendominierende Homolobby«).

Mitte März 2014 begann die JA auf ihrer Facebook-Seite eine antifeministische Kampagne. Sie porträtierte Fotos von Jugendlichen mit antifeministischen Sprüchen. Es heißt dort:

»Gleichberechtigung statt Gleichmacherei (20 Fotos). Die Jugendorganisation der SPD hat eine Aktion gestartet, bei der sie Sprüche in der Hand hielten wie etwa: ›Ich bin Feminist, denn wer die menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden«. Da wir uns ›Vernunft statt Ideologie« auf die Fahnen geschrieben haben, konnten wir dies nicht so im Raum stehen lassen. Deshalb zeigt die Junge Alternative Gesicht gegen verstaubte linke Ideologien! (RH)« (Junge Alternative 2014; vgl. Niewendick 2014)

2.1.3 Kolibri

Kolibri gilt als die liberale Plattform in der AfD. Die Facebook-Seite wurde am 01.01.2014 gegründet. Familienpolitisch tritt auch Kolibri für die Stärkung von Familie und Ehe ein und begrüßt bspw. das Betreuungsgeld. Gleichwohl spricht sich die Seite gegen eine Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren aus und erkennt auch an, dass in solchen Partnerschaften grundlegende Werte gelebt werden könnten.

Der erste Beitrag von Kolibri wurde von Bernd Kölmel, dem Sprecher des Landesverbandes Baden-Württemberg, verfasst. Die meisten Beiträge sind von Dagmar Metzger, der ehemaligen Pressesprecherin der AfD.

2.1.4 Patriotische Plattform

Es gibt eine ganze Reihe von konservativen Vereinigungen in der AfD. Stellvertretend sei hier die Patriotische Plattform genannt. Die Patriotische Plattform besteht aus Mitgliedern und Freunden der Alternative für Deutschland, die der patriotische Gedanke eint. In der Gründungserklärung heißt es:

»Nicht länger wollen wir uns einreden lassen, es sei anrühlich, für unsere Interessen, die Interessen unseres Landes, einzutreten. Wie im bürgerlichen Leben jeder zunächst sein Interesse verfolgt, so ist das auch unter Staaten der Normalzustand. Wir eifern keinen Idealen hinterher, sondern orientieren uns an dem, was als normal gilt: wie im Staat so auch im Volk und in der Familie.« (Patriotische Plattform 2014)

Im ersten Beitrag der Homepage der Patriotischen Plattform wird die Genderpolitik herausgehoben:

»Wir haben eine Partei, in der die Ablehnung des gesellschaftlichen Umerziehungsprogramms „Gender Mainstreaming“ so sehr Konsens ist, daß Anti-Gender-Grüppchen nur noch müde belächelt werden. Dort tummeln sich mittlerweile schon die Opportunisten, die jedes Eisen erst dann anfassen, wenn es ganz kalt geworden ist. Übersehen wir ja nicht, was das bedeutet, angesichts des

Umstandes, daß alle etablierten Parteien unbeirrt an der „Querschnittsaufgabe“ Gender Mainstreaming festhalten.« (Tillschneider 2014)

2.1.5 Zivile Koalition e.V.

Die Zivile Koalition e.V. ist ein Kampagnennetzwerk, welches im Genderbereich familiastisch-antifeministisch auftritt. (vgl. Kemper 2013: 24ff.) Die Zivile Koalition wurde nach Angaben von Beatrix von Storch 2004 gegründet. Entstanden ist die Zivile Koalition aus der Gruppe Göttinger Arbeitskreis – Initiative für den Rechtsstaat von ehemaligen Studierenden um Beatrix und Sven von Storch, die sich für die Rückgabe von in der DDR enteigneten Adelsgütern engagierten (ebd.). Die Zivile Koalition ist in verschiedene Sektionen gegliedert, die mittels entsprechender Internet-Auftritten agieren. Eine konservative Genderpolitik wird vor allem mittels der Internet-Auftritte Initiative Familienschutz und Freie Welt.net forciert.

Die Initiative Familienschutz formuliert fünf Zielsetzungen:

- *»1. Das natürliche Recht der Eltern, über die Erziehung und Bildung ihrer Kinder vorrangig zu entscheiden, darf nicht angetastet werden.*
- *2. Der politische Druck auf Eltern, ihre Kinder immer früher und länger in Krippe und Ganztagschule abzugeben, um selbst ungeteilt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, muß gestoppt werden.*
- *3. Die Familienpolitik muß dem fundamentalen Bedürfnis des Kindes nach familiärer Geborgenheit entsprechen.*
- *4. Die Familien müssen von überhöhten Steuern und Abgaben wirksam entlastet, das tatsächliche Existenzminimum jedes Kindes gewährleistet werden.*
- *5. Am grundgesetzlich verbürgten Vorrang von Ehe und Familie gegenüber anderen Lebensgemeinschaften muß festgehalten werden. Der Staat soll aufhören, Leitbilder und Lebensweisen ideell und finanziell zu fördern, die sich offen oder versteckt gegen die Familie richten.«* (Initiative Familienschutz 2009: 2)

Diese politischen Forderungen sollen erreicht werden durch Online-Kampagnen und Wähleraktionen, wodurch diese Forderungen in die »mediale Öffentlichkeit und auf die politische Agenda« (ebd.) gebracht werden soll. Über die Website AbgeordnetenCheck.de werden »breit angelegte gemeinsame E-Mail-Aktionen,

an denen sich zehntausende Bürger regelmäßig beteiligen« (ebd.) organisiert; mit dem Online-Magazin FreieWelt.net solle eine notwendige Öffentlichkeitswirkung durch »professionelle Berichterstattung« (ebd.) ermöglicht werden; einen Überblick über die »Aktionen und familienrelevante Nachrichten und Analysen« (ebd.) werde auf der Website Familien-Schutz.de ermöglicht.

Die Zivile Koalition arbeitet zudem mit rechts-libertären Gruppierungen wie den Hayek-Gruppen zusammen. Zum Forum für die Freiheit, ausgerichtet von der August-von-Hayek-Gesellschaft am 11.09.2013 in Berlin², gibt das zur Zivilen Koalition gehörende Magazin FreieWelt.net Beatrix von Storchs Beitrag folgendermaßen wieder:

»Beatrix von Storch: ›Mit Gewährleistungen wie Vertragsfreiheit und einer werbetriebenen Familienpolitik muss ein Ordnungsrahmen für einen freien Menschen geschaffen werden. Sie erklärt weiter, dass durch das ›Gender-Mainstreaming‹ der Mensch zersetzt und letztendlich zum Konstrukt wird, das ›umerzogen‹ werden soll. Diese Umerziehung lässt sich in der Programmatik der ›linken Parteien‹ nachlesen. Denn diese würden das ›Wir‹ über die Gesellschaft stellen, so der Leiter des Liberalen Instituts Berlin, Sascha Tamm.« (Die Freie Welt 2013c)

Der Redaktion der FreieWelt.net zufolge sei die Tagung geprägt durch eine Konsensdiskussion. Auch der Vertreter der ›Familienunternehmer‹, Peer-Robin Paulus, erkenne die Gefahr, dass in Folge der ›linken Politik‹ »die Gesellschaft aufgrund der notwendigen Diskreditierung Andersdenkender gespalten« werde. (ebd.)

Zentral zuständig für die Genderpolitik des Netzwerkes der Zivilen Koalition ist Hedwig von Beverfoerde, der Sprecherin des Internet-Auftritts Initiative Familienschutz. Hedwig von Beverfoerde war bereits vor der Gründung der Zivilen Koalition familienpolitisch aktiv. So hatte sich ihre Initiative ›abc schützen! in Sachsen-Anhalt‹ gegen das Gesetz ›Grundschule mit festen Öffnungszeiten‹ gewandt, welches 2003 zurückgenommen und durch eine flexiblere Gestaltung ersetzt wurde. Ziel der Initiative ›abc schützen!‹ war, das »Erziehungsrecht der Eltern verteidigen«. Zudem war ihr Engagement als Sprecherin der Bürgerinitiative ›NEIN beim Volksentscheid!‹ gegen den Volksentscheid ›Gesetz zur Förderung, Betreuung und Bildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen‹ 2005 erfolgreich, wodurch eine umfassende

[2] »Das Forum für Freiheit wurde initiiert von der Friedrich A. von Hayek – Gesellschaft in Zusammenarbeit mit der Zivilen Koalition, Freier Verband Deutscher Zahnärzte, PVS Verband Zürich, Wert der Freiheit gGmbH, Liberales Institut Zürich, Avenir Suisse, Libertäre Plattform, Familiennetzwerk, Netzwerk Bildungsfreiheit, eigentümlich frei, Institut für unternehmerische Freiheit und dem Hayek-Institut in Wien.« (Die Freie Welt 2013c)

staatlich gesicherte Kinderbetreuung verhindert wurde. Sie startete 2012 die Kampagne ›JA zum Betreuungsgeld – Mütter fordern Wahlfreiheit‹ und gab der Jungen Freiheit 2012 ein Interview zur »staatlichen Frühsexualisierung«. Vor der Bundestagswahl 2013 verschickte die Initiative Familienschutz einen Fragebogen an Kandidat_innen für den Bundestag, wo unter anderem gefragt wurde, ob sich die Kandidat_innen gegen eine »Frühsexualisierung« und für ein »Familienrecht« einsetzen (Initiative Familien-Schutz 2013)³. Zudem setzte sich die Zivile Koalition für die europäische ›Lebensschutz‹-Kampagne ›One-of-us‹ ein und gegen den Estrela-, sowie den Lunacek-Bericht im Europäischen Parlament. Hedwig von Beverfoerde wurde für ihr Engagement im Dezember 2013 vom evangelikalen Nachrichtenportal idea zur ›politischen Christin des Jahres‹ ernannt, da sie sowohl als Deutschland-Koordinatorin von ›One-of-us‹ als auch als Aktivistin gegen den Estrela-Bericht sehr erfolgreich gewesen sei. (idea 2013)

2.1.6 Christen in der Alternative für Deutschland

In Baden-Baden wurde im August 2013 der Arbeitskreis ›Christen in der Alternative für Deutschland‹ gegründet. Ihm gehören mehrere ehemalige Bundeskandidat_innen der AfD für die Bundestagswahl im September 2013 an (Brand 2013).

Als Sprecherin wurde Martina Kempf gewählt. Martina Kempf ist von der Partei AUF (Partei für Arbeit, Umwelt und Familie – Christen für Deutschland)⁴ in die AfD gewechselt. Sie ist zudem als Vorsitzende des ALFA-Regionalverbandes Freiburg gewählt worden und das Magazins ›Die Alternative‹ gibt an, sie sei Mitglied des Bundesvorstandes der Aktion Lebensrecht für Alle (ALFA) e.V. (ebd.). Martina Kempf ist verheiratet mit dem AfD-Mitglied Volker Kempf, dem Vorsitzenden der rechts-

[3] Folgende Fragen fanden sich im Fragebogen: »Werden Sie sich als Bundestagsabgeordneter nach der Bundestagswahl 2013 dafür einsetzen, daß ...

1. das am 1. August 2013 in Kraft getretene Betreuungsgeld-Gesetz umgesetzt wird?
2. das Ehegattensplitting beibehalten wird?
3. das Kindergeld erhöht wird?
4. das steuerfreie Existenzminimum für Kinder auf den Erwachsenenfreibetrag angehoben wird?
5. die Rente für Mütter mit vor 1992 geborenen Kindern verbessert wird?
6. die Ausweitung des Adoptionsrechts von Kindern auf homosexuelle Lebenspartnerschaften verhindert wird?
7. daß die Einführung einer Kindergarten-Pflicht verhindert wird?
8. der massive Ausbau von Kinderkrippen gestoppt wird?
9. keine weiteren 24h-Kitas errichtet werden?
10. ein Familienwahlrecht eingeführt wird?
11. kein Kind gegen den Willen der Eltern zur Teilnahme an Sexualerziehung in Kindergarten oder Grundschule gezwungen werden darf?« (Initiative Familien-Schutz 2013)

[4] Die Partei AUF entstand 2008 vorwiegend aus Parteimitgliedern der Partei Bibeltreuer Christen, der ÖDP und der Zentrumsparterie.

ökologischen Herbert-Gruhl-Gesellschaft. Volker Kempf verfasste Biografien unter anderem zu Helmut Schelsky, Herbert Gruhl und Christa Meves. Christa Meves hatte mit Herbert Gruhl zusammengearbeitet und das familienpolitische Modell für die Grüne Aktion Zukunft entwickelt. Sie ist zur Zeit die Spitzenkandidatin der AUF und könnte, wenn die AUF über ein Prozent erringen sollte, Alterspräsidentin des Europa-Parlamentes werden. Meves hat den Ruf, die »führende Homophobe Deutschlands« zu sein. Das Buch von Volker Kempf zur Christa Meves erschien im Georg Hess Verlag, in dem auch Martina Kempfs Buch »Frauenfeindlich – Wie Frauen zur Ungeborenentötung gedrängt werden« publiziert wurde.

Zum Ansprechpartner römisch-katholischen Glaubens wurde der Vorsitzende des AfD-Kreisverbands Ostalb, Jan Czada, gewählt. (ebd.) Jan Czada geriet in die Schlagzeilen, weil er Ende Januar 2013 rechte Kleinparteien zu einer Koalition aufrief, u.a. bat er die rechtspopulistischen Parteien wie Die Freiheit und Die Republikaner, zugunsten einer gemeinsamen Liste auf die Kandidatur bei der Bundestagswahl zu verzichten.

Der Sprecher der AfD, Bernd Lucke, hatte angekündigt, dem Arbeitskreis beizutreten (Schumny 2014). Zudem solle nach Aussage der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung Lucke den »Ausbau des Christenflügels [...] betreiben«, unter anderem sei die satzungsmäßige Verankerung des Arbeitskreises geplant:

»Lucke, klarer Abtreibungsgegner und unter Hamburger Calvinisten als sittenstreng bekannt, lässt den Ausbau des Christenflügels im gesamten Bundesgebiet vom Norden her betreiben. Auf dem nächsten Parteitag wollen sich die Christen auch in der Satzung der AfD verankern. ›Ich begrüße es, dass sich Christen in der AfD in Arbeitskreisen organisieren«, sagt Lucke. ›Das passt zu unserem Profil als wertorientierte Partei.« (Ankenbrand 2014)

In einer Grundsatzklärung in Pforzheim vom 04.09.2013 wurden insbesondere folgenden Positionen deutlich gemacht:

- *»Schutz des ungeborenen und des behinderten Menschen;*
- *konsequente Ablehnung von aktiver Sterbehilfe (Euthanasie);*
- *Schutz der christlichen Familie und die Ablehnung der Gleichsetzung mit gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften;*
- *Vorrang der Erziehung im Elternhaus gegenüber staatlich organisierter Erziehung;*
- *Erhaltung des konfessionellen Religionsunterrichtes;*
- *Schutz des christlichen Glaubensbekenntnisses vor Verunglimpfung;*
- *Ablehnung der Aufnahme der Türkei in die EU« (Schumny 2014)*

2.2 OFFIZIELLE STELLUNGNAHMEN ZU FAMILIEN- UND GESCHLECHTERPOLITISCHEN THEMEN

Da die AfD zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieser Expertise erst ein Jahr alt ist und die Partei in erster Linie eine euro-kritische, in zweiter Linie eine parteidemokratiekritische Agenda (Kemper 2013: 49–71) verfolgt, liegen nur grobe thematische Positionen zur Familien- und Geschlechterpolitik vor. Allerdings scheint sich in den letzten Wochen hier ein deutlicher Konsolidierungsprozess einzustellen, der auch dazu führt, dass bestimmte konservative familien- und geschlechterpolitische Positionen gegenüber liberaleren Einstellungen durchsetzen.

Die Expertise wurde kurz vor dem 2. Bundesparteitag der AfD in Erfurt Ende März 2014 fertiggestellt, auf dem das Wahlprogramm zur Europawahl verabschiedet werden soll. Es liegt aber eine Auswertung einer entsprechenden Mitgliederbefragung zu den Programmpunkten vor, die aufgrund der deutlichen Mehrheiten Aussagen zur politischen Richtung der AfD zulassen.

Im Folgenden werden zunächst offizielle Verlautbarungen und Programmatiken der AfD zur Geschlechter- und Familienthematik vorgestellt. Hieran schließen sich semi-offizielle Positionierungen von zentralen Personen der AfD und von der Facebook-Seite der AfD an. Schließlich wird anhand von zwei Kontroversen verdeutlicht, dass es innerhalb der AfD Differenzen gibt, die sich aber momentan aufzulösen scheinen.

2.2.1 Bundestagswahl-Programm 2013

Das Programm der AfD zur Bundestagswahl im September 2013 wurde im Frühjahr 2013 von einer kleinen Gruppe formuliert und dem Gründungsparteitag im April 2013 zur Abstimmung vorgelegt und abgestimmt. Eine ausführliche Diskussion mit Änderungsanträgen wurde mit dem Argument der Zeitknappheit nicht zugelassen.

Im Folgenden sind unkommentiert die Forderungen und Positionen aufgezählt, die das familien- und geschlechterpolitische Feld berühren:

- *Wir fordern, Kinder stärker bei der Rentenberechnung zu berücksichtigen.*
- *Deutschland hat zu wenig Kinder. Renten- und Krankenversicherung stehen deshalb auf tönernen Füßen. Deutschland muss kinder- und familienfreundlicher werden.*
- *Wir stehen für den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft. Eine solidarische Förderung der Familien ist eine Investition in unsere gemeinsame Zukunft und wesentlicher Teil des Generationenvertrages.*

- *Wir fordern, Bildung als Kernaufgabe der Familie zu fördern. Kitas und Schulen müssen dies sinnvoll ergänzen. Nichts ist für unsere Zukunft wichtiger als die Bildung unserer Kinder.*
- *In erster Linie sind die Eltern für die Bildung und Erziehung ihrer Kinder verantwortlich. Der Staat muss ihnen dabei helfen, diese Aufgabe zu erfüllen. Frühkindliche Bildungsangebote sollen unabhängig vom Familienhintergrund verfügbar sein.*
- *Wir setzen uns dafür ein, dass auch unkonventionelle Meinungen im öffentlichen Diskurs ergebnisoffen diskutiert werden, solange die Meinungen nicht gegen die Werte des Grundgesetzes verstoßen.*

2.2.2 Argumentationsleitfaden zur Bundestagswahl 2013

Im Argumentationsleitfaden der AfD zur Bundestagswahl findet sich kein explizites Themenfeld Geschlechterpolitik. Es werden aber in den Themenbereichen Meinungsfreiheit, Bildungspolitik und Familienpolitik geschlechterpolitische Themen angesprochen.

Im Kapitel 2.3 des Argumentationsleitfadens wird die vermeintliche Einschränkung von Meinungsfreiheit u.a. an den Fallbeispielen Thilo Sarrazin und Monika Ebeling dargestellt. Am Beispiel Monika Ebelings zeigen sich geschlechterpolitische Einstellungen der AfD. Monika Ebeling ist eine antifeministische Publizistin (vgl. Aigner 2012: 51), die als Gleichstellungsbeauftragte problematische, antifeministische Väterrechtsseiten verlinkte und darauf hin entlassen wurde. In einem längeren Beitrag wird Monika Ebeling als Verfechterin des Grundgesetzes dargestellt, die Ratsparteien hingegen als Gegner des Grundgesetzes, da sie Ebeling aufgrund ihrer vom feministisch geprägten Mainstream abweichende Haltung entlassen hätten. Zitiert wird u.a. ein Interview Monika Ebelings aus der rechts-libertären Zeitschrift Eigentümlich Frei. Die wachsende Unterstützung für Ebeling zeige, wie weit die Volksvertreter sich bereits vom Volk entfernt hätten und in der Argumentationshilfe wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass *»Monika Ebeling als einzelne Rebellin gut und gerne der Schneeball sein könnte, der eine Lawine auslöst, mit der das gesamte bisherige System der einseitigen Gleichstellungspolitik zu Fall gebracht wird.«* (Argumentationsleitfaden 2013: 55)

Im umfangreichen Themenfeld Bildung kommt das Familienbild der AfD zum Tragen. So heißt es auf Seite 72: *»Familie ist der primäre Ort, an dem Bildung stattfindet, zumal auch gemäß den Grundsätzen der Subsidiarität und der Eigenverantwortung, denen sich die Alternative für Deutschland verschrieben hat.«* (ebd.: 72)

Staatliche Interventionen sollen vor allem dort auftreten, wo es zu disziplinären Problemen komme:

»Die meisten Eltern lehnen staatliche Interventionen in der Erziehung (im engeren Sinne) ihrer Kinder ab. Staatliche Hilfe wird vor allem da gewünscht, wo disziplinäre Probleme auftreten, die die Eltern nicht mehr bewältigen können. Hier soll der Staat den Zugang zu Angeboten ermöglichen und erleichtern, die auf Selbstdisziplin, Selbstkontrolle und gesellschaftliche Techniken ausgerichtet sind. Innerhalb der Schulen ist vor allem ein Ausbau der Schulsozialarbeit vonnöten.« (ebd.: 73)

Der flächendeckende Ausbau von Kitas und Krippen wird gefordert, eine *»Kita- und Krippenpflicht«* wird abgelehnt.

Im sehr kurz gehaltenen Kapitel zu Alterssicherung und Familie⁵ heißt es:

»Die Alternative für Deutschland steht für den Schutz der Familien als Keimzellen der Gesellschaft. [...] Alle am Sozialisationsprozess der Kinder Beteiligten tragen zum Gelingen bei. Hierzu zählen auch die Großeltern und weitere Verwandte. Alleinerziehende Elternteile können ihrem Kind sämtliche wichtigen Ressourcen mitgeben, so dass ihr Kind zufrieden ist und sich zu einer eigenverantwortlichen und selbstsicheren Person entwickelt. Der Idealfall für die kindliche Entwicklung ist jedoch immer das Vorhandensein von Mutter und Vater.« (ebd.: 85)

2.2.3 Beschlüsse des Landesverbandes NRW 2013

Der Landesverband NRW beschloss auf dem Landesparteitag (27./28.7.2013) fünf Programmpunkte, zwei davon bezogen sich explizit auf die Geschlechterpolitik (AfD NRW 2013): einen Stopp des *»Genderismus-Wahn[s]. Für echte Emanzipation - gegen staatliche Bevormundung«* (AfD 2013b) und eine Beendigung der *»Quotenregelung. Die Bevorzugung von „Stellvertretern“ eines Geschlechtes widerspricht Artikel 3 des Grundgesetzes«* (AfD 2013c).

Zum sogenannten *»Genderismus-Wahn«* heißt es, dass sich beim Parteitag eine *»riesige[r] Mehrheit gegen jegliche Form von »Genderismus« ausgesprochen«* habe. Es würden *»alle staatlichen Maßnahmen und Programme abgelehnt, die das Ziel*

[5] An diesem Kapitel war u.a. auch Martina Kempf beteiligt, eine bekannte Abtreibungsgegnerin (ebd.: 99)

verfolgen, dem Bürger irgendwelche Vorstellungen von ›Geschlechterrollen‹ aufzudrängen oder abzuerziehen.« Der Staat sei hinsichtlich der »Geschlechterrollen zu einer Art Erziehungsanstalt für den Bürger mutiert«, in den »Massenmedien, politischen Parteien und staatlichen Institutionen« habe sich »in erschreckendem Ausmaß eine Einstellung ausgebreitet, die auch als Gender-Ideologie oder Genderismus bekannt« sei. Gender-Mainstreaming stelle »eine gefährliche, latent totalitäre Anmaßung dar«, mit der »unser aller Persönlichkeit« »umgeformt« werden solle. Zudem fehle das Geld aufgrund dieser Mittel-»Verschwendung« in Schulen, Büchereien und Schwimmbädern. »Die Alternative für Deutschland NRW spricht sich daher für die Einstellung jeder staatlichen Finanzierung von Genderprogrammen aus.« (AfD 2013b)

Eine »überragende Mehrheit der Delegierten« spreche sich zudem für »echte Gleichberechtigung« statt »Gleichstellung« und somit gegen »jede Form von Quotenregelung« aus. Man dürfe nicht »einzelne Menschen ›stellvertretend‹ für ihr jeweiliges Geschlecht [...] bevorzugen oder [...] benachteiligen, um die als Kollektive vorgestellten Geschlechter ›gleichzustellen‹«. Gesetze, die eine »Geschlechterquote [...] erzwingen« oder Ungleichbehandlung als »ein Mittel zur Verwirklichung von Gleichberechtigung« vorschrieben, seien niemals legitim in einem freiheitlichen Rechtsstaat und verfassungswidrig und entsprechend aufzuheben. (AfD 2013c)

2.2.4 Beschlüsse zum Landeswahlprogramm AfD-Sachsen 2014

Für Aufsehen sorgte die Verabschiedung von Eckpunkten für ein Landwahlprogramm der AfD Sachsen. Dort wurde nach Aussagen des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) ein Familienwahlrecht gefordert: »Bei ihrer Eröffnungsrede erklärte die Landesverbandsvorsitzende Frauke Petry, dass die Partei vor allem in den Politikfeldern Familie und Bildung punkten wolle. So sollen Eltern in Zukunft auch ein Stimmrecht für ihre minderjährigen Kinder bekommen.« (MDR Sachsen 2014)

2.2.5 Europawahl-Programm 2014

Für den Bundesparteitag im März 2014 in Erfurt wurden Programmpunkte eines Europawahl-Programms vorgelegt (erarbeitet von der ›Großen Europakommission‹ und vorgelegt von Bernd Lucke, Frauke Petry und Alexander Gauland), die zum Teil mit einem Dissens-Vorschlag versehen waren, der die Programmpunkte variierte oder ergänzte. Einer dieser Programmpunkte war mit »Gender Mainstreaming« überschrieben und enthielt folgende Position:

»Geschlechterrollen sind nicht Gegenstand der Politik. Die AfD lehnt gesellschaftspolitische Umerziehungsmaßnahmen wie ›Gender Mainstreaming‹ ab und wendet sich gegen alle Versuche der EU, diese den Wie nebenstehend,

aber mit Zusatz: Positive Diskriminierung ist statthaft bei Eltern, die ihre Berufstätigkeit zugunsten der Kindererziehung zurückgestellt haben. Nationalstaaten aufzuzwingen. In der Privatwirtschaft wie im öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen die Qualifikation, nicht das Geschlecht, den Ausschlag geben.«

Während des Bundesparteitages im März 2014 in Erfurt wird abgestimmt, ob diese Position um die Formulierung: »Positive Diskriminierung ist statthaft bei Eltern, die ihre Berufstätigkeit zugunsten der Kindererziehung zurückgestellt haben.« ergänzt werden solle.

Im Rahmen einer Mitgliederbefragung zum europapolitischen Programm der AfD wurden auch die genderpolitischen Positionen zum Gender Mainstreaming und zur beruflichen Gleichberechtigung bzw. EU-Gleichstellungspolitik abgefragt.

Zum Gender Mainstreaming standen folgende Optionen zur Abstimmung:

- »Option 1:
Die AfD lehnt weltanschauliche Umerziehungsmaßnahmen wie ‚Gender Mainstreaming‘ (= Aufhebung der Geschlechteridentitäten) strikt ab und wendet sich gegen alle Versuche der EU, diese den Nationalstaaten aufzuzwingen. Die staatliche Finanzierung der Genderforschung ist nach norwegischem Vorbild ersatzlos zu streichen.
- Option 2:
Mit dem Politikansatz des ‚Gender Mainstreaming‘ soll das Bewusstsein für Geschlechtergerechtigkeit in Politik und Gesellschaft hergestellt werden. Die Alternative für Deutschland begrüßt diesen Weg, denn wir halten eine Veränderung der Einstellung zu starren Geschlechterrollen für wünschenswert und wollen dazu einen politischen Beitrag leisten.« (Alternative für Deutschland – BV 2014: 21)

82,2 Prozent sprachen sich für Option 1 aus, 11,3 Prozent für Option 2. Von den Befürworter_innen war diese Forderung zudem von Zweidritteln als »sehr wichtig«, von über einem weiteren Fünftel als »wichtig« bezeichnet worden. (ebd.)

Zur beruflichen Gleichberechtigung wurden diese beiden Alternative zur Wahl gestellt:

- »Option 1:
In der Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst muss bei Stellenbesetzungen im Grundsatz die Qualifikation, nicht das Geschlecht den Ausschlag

geben. Chancengleichheit für Frau und Mann auf allen gesellschaftlichen Feldern zu unterstützen und einzufordern, muss das übergeordnete Ziel der Politik sein, anstatt Quotenregelungen und einzelfallbezogene Vorschriften zu erlassen.

- **Option 2:**
Bei Stellenbesetzungen in der Privatwirtschaft wie im Öffentlichen Dienst muss bei gleicher Qualifikation das unterrepräsentierte Geschlecht berücksichtigt werden.«

Für die erste Option votierten 93,4 Prozent, für die zweite Option 4,5 Prozent. Der Hälfte der Abstimmenden für Option 1 war dieser Punkt »sehr wichtig«, ein weiteres Drittel gab an, dass dieser Punkt »wichtig« sei. (Alternative für Deutschland – BV 2014: 22)

Entsprechend erhielt auch die folgende konkrete Forderung zur Gleichstellungspolitik – die ohne alternative Option zur Abstimmung gestellt wurde – eine breite Mehrheit:

»Die AfD kritisiert die Gleichstellungspolitik der EU in ihren einseitigen ideologischen Ausrichtungen und wegen der fehlenden demokratischen Legitimation. Die Gleichstellungsagentur der EU und deren Budget von über 50 Mio. EUR ändert letztlich nichts an der geschlechtsspezifischen Gewalt, Lohndiskriminierung und der Unvereinbarkeit von Beruf und Familie. Die AfD fordert in diesem Zusammenhang die Offenlegung aller zur Durchsetzung von Gleichstellungsstrategien fließenden Gelder der EU.« (Alternative für Deutschland – BV 2014b: 37)

88,4 Prozent der Abstimmenden begrüßten diesen Punkt und nur 2,4% lehnten ihn ab.

2.3 WEITERE FAMILIEN- UND GESCHLECHTERPOLITISCHE POSITIONIERUNGEN

Abgesehen von dem Komplex zur Sexualaufklärung und Schwangerschaft, auf den im letzten Teil der Expertise eingegangen wird, kristallisieren sich zwei weitere familien- und geschlechterpolitische Komplexe heraus, zu denen AfDler_innen häufig Stellung beziehen: das ist zum einen die angebliche Bedrohung der »*Familie als Keimzelle der Nation*« durch eine mächtige »*Homolobby*« und zum anderen der Komplex »*Gleichstellungspolitik*«.

2.3.1 »*Familie als Keimzelle der Nation*« versus »*medien-dominierende Homolobby*«

Konrad Adam, Mitgründer und Vorstandssprecher der AfD, äußerte sich bereits 2004 kritisch zur einer vermeintlichen Vernachlässigung der traditionellen Familie zugunsten Homosexueller:

»[Statt] dafür zu sorgen, daß die Familie tatsächlich in den Genuß des ihr vom Grundgesetz versprochenen „besonderen Schutzes“ gelangt, wird sie von der Bundesregierung weiter unterminiert. Ihre forcierte Gleichstellungspolitik, die das sogenannte Eheprivileg auch solchen Gemeinschaften zukommen lassen will, die aus dem natürlichsten von allen natürlichen Gründen zum Kinderkriegen unfähig sind, den Homosexuellen, ist nur der vorerst letzte Schritt auf einem Weg, der vor langer Zeit eingeschlagen wurde.« (Adam 2004)

Ein oft benutztes Bild ist das der medienbeherrschenden »Homolobby«. Bereits Anfang April 2013, noch vor dem Gründungsparteitag der AfD wurde dieses Konstrukt von Wolfgang Hübner bedient:

»Die Parteien alten Typs, wozu selbstverständlich auch die Grünen gehören, haben sich um Ideologien, Religionen, Besitzstände und soziale Bestreben formiert. Sie haben Organisationen geschaffen, die inzwischen allesamt ein Eigenleben und Eigeninteresse entwickelt, sich aber damit von weiten Teilen des Volkes entfernt haben und immer weiter entfernen. Umso mehr aber wurden diese Parteien und ihre Apparate zu Zuträgern und Vollstreckern bestimmter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Kräfte, die allesamt Minderheiten sind, aber über die politischen Parteien die Mehrheiten im Volk dominieren. Wie das funktioniert, dazu bietet die Euro-Politik beste Anschauung. Aber auch die Themen Einwanderung, Soziales, Energie usw. liefern Belege zuhauf dafür.

Wenn die AfD dem Anspruch gerecht werden will, eine Bürgerpartei neuen Typs zu werden, muss sie inhaltlich wie organisatorisch eine ‚atmende‘ Partei sein.

Was es immer wieder einzuatmen gilt, sind die Bewegungen in der Realität Deutschlands. Diese unterscheiden sich mehr oder weniger stark von dem, was in den Massenmedien geduldet und verbreitet wird. Um ein Beispiel zu nennen:

Kein vernünftiger, aufgeklärter Mensch will Homosexualität diskriminieren. Aber sind die Anliegen der homosexuellen Minderheit, deren Lobby bestens vernetzt ist, wirklich von solcher Wichtigkeit für die Gesamtgesellschaft, wie das in den Medien sich widerspiegelt? Ist es nicht für Millionen weit wichtiger, wie sehr die Inflation die Kaufkraft ihrer Renten wegfrisst oder die niedrigen Zinsen den Wert ihrer Lebensversicherungen mindert?

Eine Bürgerpartei wie die AfD soll und muss Platz für viele Menschen haben, die irgendwelchen Minderheiten angehören. Aber sie darf sich nicht zum Sprachrohr von Minderheiten machen lassen. Im konkreten Fall bedeutet das: Familien mit Kindern sind, wie überall auf der Welt, die Zukunft und die Basis der Gesellschaft. Wer sich anders entscheidet bzw. entscheiden muss, also keine Familie bilden will oder kann, ist ohne Wenn und Aber zu respektieren. Aber seine Entscheidung oder Schicksal darf kein Leitbild sein für eine Gesellschaft, die Bestand und Zukunft haben will. Das zu sagen und zu vertreten, ist nicht ›rechts‹, sondern ganz einfach vernünftig.« (Hübner 2013)

Das Statement Hübners wurde am 1.4.2013 auf der Facebookseite der AfD verlinkt, dort wurde es 181 ›geteilt‹ (innerhalb Facebooks weiterverlinkt), es gab 680 ›gefällt mir‹ und 116 durchgehend positive Kommentare. Wolfgang Hübner war noch kein Mitglied der AfD. Innerhalb der Freien Wähler galt er als umstritten, Hubert Aiwanger wollte Hübner aufgrund rassistischer Verharmlosungen aus der Partei werfen.

Auch Bernd Lucke benutzte das Bild der dominanten Minderheit, als er bei einem Parteitag auf das Outing des schwulen Ex-Fußballspielers Thomas Hitzlsperger einging:

›Ich hätte es gut gefunden, wenn Herr Hitzlsperger sein Bekenntnis zu seiner Homosexualität verbunden hätte mit einem Bekenntnis dazu, dass Ehe und Familie für unsere Gesellschaft konstitutiv sind‹, sagte Lucke am Samstag auf dem hessischen Landesparteitag in Gießen laut einem Bericht der Rheinischen Post.« (Rheinische Post 2014)

2.3.2 Gleichstellungspolitik

Die AfD lehnt Maßnahmen für eine Gleichstellung der Geschlechter ab. So erschien auf der Facebook-Seite der AfD am 9. Juli 2013 ein blaues Banner mit dem Hinweis: *›Bitte TEILEN, TEILEN, TEILEN #AfD Gender-Wahn stoppen‹* (Stoppschild über Piktogramme von

Mann, Frau und Kneifzange, in den Farben der AfD und mit AfD Schriftzug)⁶. Sie schließt sich hierbei dem Anti-PC-Diskurs an, also der Strategie, emanzipatorische Bestrebungen mittels der Etikettierung *›politische Korrektheit‹* abzuwehren. Diese Ablehnung von Gleichstellung scheint sich auf die drei Bereiche Geschlechterforschung, geschlechtersensible Sprache und Quotierungen zu beziehen.

Geschlechterforschung: Am 20. September 2013 gab es erneut ein blaues Banner mit der Inschrift: *›Gender-Wahn stoppen. Simple Wahrheit: Männer und Frauen sind verschieden. Alternative für Deutschland.‹*⁷ Es wird einer beigefügten Erklärung die ›natur-gegebene‹ essentielle Unterschiedlichkeit von Männern und Frauen im Denken, Fühlen und Handeln konstatiert. Dies sei eine banale Wahrheit, die obendrein von der Wissenschaft bewiesen sei. Daraus folge der *›Stopp der staatlichen Förderung der Gender-Ideologie‹* und dass keine Steuergelder mehr ausgegeben werden sollten für Forschungsprojekte, die diese ›Wahrheit‹ der essentiellen Unterschiedlichkeit von Mann und Frau in Frage stellten. Ebenso sollten geschlechterspezifische Effekte von Gesetzen und (Umwelt-)Technologien nicht mehr untersucht werden. Legitimiert wurde diese Forderung mit dem Hinweis, dass Norwegen bereits die *›staatliche Förderung von Gender‹* bereits eingestellt habe. Zudem müssten *›bisherige Geschlechterregelungen abgeschafft werden‹*.

Zur geschlechtersensiblen Sprache fand sich am 9. Juli 2013 auf der AfD-Facebookseite folgender Eintrag: *›Überall wird gegendert, was das Zeug hält, gegen jeden Sinn und Verstand, gegen jede Natur. Diese traurige Unsitte geht übrigens auch auf das Konto der EU. Männerinnen = Frauer – ein Ausrutscher in der Geschichte? Was meint ihr?‹* Kurze Zeit später wurde das Ergebnis dieser Umfrage auf der selben Facebook-Seite vorgestellt: *›Kurzer Zwischenstand zur Genderfrage: Von 200 Usern haben sich 196 gegen den Genderunfug ausgesprochen. Klares Votum: Wir wollen uns nicht von ungewählten Bürokraten vorschreiben lassen, was wir wann und wie zu sagen haben. Wir wollen reden, wie uns der Schnabel gewachsen ist. Genderwahn abschaffen!‹*

Quotierung: Auf der AfD-Facebook-Seite vom 11. Juli 2013 wurde ein Banner gegen die Geschlechter-Quote platziert, der Wortlaut war: *›Der Käse der Woche – EU will Mittelständler mit Frauenquote gängeln – [AfD-Schriftzug]‹*⁹ Kommentiert wurde dies mit einem Link auf einen Artikel aus der Welt, *›EU-GleichstellerInnen‹*, *›IdeologInnen aus Brüssel‹* wollten *›mit nicht ganz durchsichtigen Gesetzgebungskniffen‹* im Mittelstand eine Frauenquote *›durchboxen‹*.

[6] 1739 Personen ›gefällt das‹; 1160mal ›geteilt‹

[7] 6529 Personen ›gefällt das‹; 1977 mal ›geteilt‹; 875 Kommentare

[8] 1661 Accounts ›gefällt das‹; 226mal ›geteilt‹

[9] 788 Accounts ›gefällt das‹; 280mal ›geteilt‹

2.4 GESCHLECHTERPOLITISCHE KONTROVERSEN

2.4.1 Auseinandersetzungen um die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft

Da die AfD als Partei erstmals zu den Bundestagswahlen antrat, musste sie pro Bundesland eine Mindestzahl von Unterstützungsunterschriften sammeln. In Berlin sammelte die AfD beim schwul-lesbischen Motzstraßenfest 600 Unterstützungsunterschriften, also fast ein Drittel der benötigten Unterschriften für das Bundesland Berlin. Beteiligt waren 20–30 Aktivist_innen der AfD (Alternative für Deutschland – LV Berlin 2013). In der Pressemitteilung hieß es:

»Es war ein fantastisches Gefühl«, sagt Franz Niggemann, Direktkandidat für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg, »zwischen 20 und 30 Parteimitglieder haben an beiden Tagen mit hunderten Interessierten und Feiernden gesprochen.« Das Engagement der Berliner AfD auf dem schwul-lesbischen Straßenfest zeigt, dass die Partei ihre Stellung nicht etwa am rechten Rand, sondern weltoffen in der Mitte der Gesellschaft sieht.

»Die Alternative für Deutschland steht ohne Vorbehalte zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Gleichstellung von Ehen hetero- und homosexueller Paare«, betont Christian Schmidt, stellvertretender Sprecher der Berliner Alternative für Deutschland.« (ebd.)

Diese Aktion sorgte innerhalb der AfD für Konflikte.

»Der Bundesvorstand ruft in der Diskussion über die sog. Homo-Ehe zu Toleranz gegenüber konträren Anschauungen der Parteimitglieder auf. Dieses Thema ist für die Alternative für Deutschland nicht identitätsstiftend. Daher ist die diesbezügliche Meinungsvielfalt zu respektieren. Generell sollten Äußerungen von Parteimitgliedern zu Themen jenseits des programmatischen Kerns der Alternative für Deutschland stets als persönliche Meinung gekennzeichnet werden. Für die Partei als Ganzes gelten ausschließlich die Beschlüsse der Parteitage, das Grundgesetz und die daraus abzuleitenden Folgerungen.

WICHTIGE Mitteilung in eigener Sache

Der Vorstand der Alternative für Deutschland distanziert sich ausdrücklich von der Pressemitteilung zum Berliner Motzstraßenfest vom 19.6.2013. Die steuerliche Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ist ein politischer Nebenkriegsschauplatz und darf nicht en passant zu einer faktischen

Entwertung der durch das Grundgesetz geschützten Ehe führen. Die Ehe ist aber eine Marke unseres Wertekanons, den wir schützen müssen!

Der Bundesvorstand der Alternative für Deutschland« (Alternative für Deutschland – BV 2013b)

Der erste Absatz wurde dem zweiten zeitlich später vorangestellt und entschärfte ihn nachträglich. Alexander Dilger, Sprecher des größten Landesverbandes NRW, widersprach auf seiner Homepage vor allem dem zweiten Absatz des Bundesvorstandes:

»Der zweite Absatz widerspricht jedoch direkt dem ersten. Dafür gibt es keinen Parteitagsbeschluss. Man kann daraus sogar eine Missachtung des Grundgesetzes und des jüngsten Verfassungsgerichtsurteils herauslesen. Hinzu kommt, dass der Bundesvorstand das gar nicht beschlossen hat, so dass ich eine direkte Distanzierung von dieser Distanzierung verlange. Solche Ausführungen sollten entsprechend dem ersten Absatz als persönliche Meinungen gekennzeichnet werden. Ich hoffe, dass entsprechende Vorstandsmitglied ist mutig genug, sich zu dieser Meinung und der Anmaßung zu bekennen, für den gesamten Vorstand und damit in gewisser Weise sogar die ganze Partei gesprochen zu haben, wo es sich nur um die eigene persönliche Meinung handelte. Das sollte dann nicht wieder vorkommen.« (Dilger 2013)

Franz Niggemann trat Ende Januar 2014 als Vorstandsvorsitzender der Bezirksverbandes Tempelhof-Schöneberg der AfD mit der Begründung zurück:

»Die gegenwärtig eingeschlagene Richtung der Partei, die nach meiner Auffassung insbesondere durch Frau von Storch repräsentiert wird, will und kann ich nicht mittragen! Für mich gibt es nur den Gegensatz zwischen frei und unfrei. Die AfD war angetreten, eine undogmatische, tolerante und nicht ideologiebefrachtete Partei und Alternative zu sein. Leider hat sie dieses Versprechen nicht erfüllt; die AfD geht den Weg in die Unfreiheit von rechts, mit starken Tendenzen, Randgruppen zu diskriminieren. Ich sehe mich als liberaler und weltoffener, der Freiheit verpflichteter Mensch außerstande, für die jetzige politische Richtung Wahlkampf zu führen. Für mich ist die Partei Alternative für Deutschland damit eben keine Alternative mehr, was ich außerordentlich bedauere!« (Niggemann 2014)

2.4.2 Geschlechterkonservative Mütterlichkeit versus Maskulismus

Im August und September 2013 erschienen zwei ganzseitige Anzeigen eines Freundeskreises der Alternative für Deutschland in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (28.08.2013) und in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (15.9.2013). Dort fand sich die Forderung:

»Wir wollen, dass die Bindung von Mutter und Kind beachtet und geschützt wird. [...] Bei den heute so vielen Ehescheidungen soll bei Auseinandersetzungen über das Wohl des Kindes bis zu dessen 12. Lebensjahr die Mutter die ausschlaggebende Stimme haben.« (vgl. Kemper 2013b)

Diese Forderung stieß vor allem in der antifeministischen Männerrechtsszene auf Unverständnis. Hier zeigt sich, dass der moderne Antifeminismus der Männerrechtler_innen (vgl. Claus 2012: 94) und der traditionelle Antifeminismus der familialistischen Ausprägung schwer zu vereinbaren sind (vgl. Rosenbrock 2012: 75). Innerhalb der AfD sorgten die Anzeigen für Irritationen.

Der Freundeskreis blieb weitgehend anonym. Verantwortlich zeichnete sich ein Wolfgang Haars aus Salzgitter. Er ist Mitglied im ›Verein Heimatverdrängtem Landvolk e.V.‹, dessen Adresse zudem identisch ist mit der Kontaktadresse der Anzeige. Der ›Verein Heimatverdrängtes Landvolk‹ verfolgte ähnlich wie die Vorläufer-Organisation der ›Zivilen Koalition e.V.‹, der ›Göttinger Arbeitskreis für den Rechtsstaat‹, das Ziel, Güter aus den Enteignungen in Ostdeutschland zurück zu erhalten. Von den auf der Website des ›Heimatverdrängten Landvolks‹ aufgelisteten Vertreter_innen ist Carl-Christian Hesse zugleich AfD-Mitglied. Hesse ist außerdem mehrfach in den Aufsichtsrat des evangelikalen Tagungshauses ›Geistliches Rüstzentrum Krelingen‹ gewählt worden. Im GRZ Krelingen finden antifeministische Tagungen statt, wie bspw. zwischen dem 13. und 16. März 2014 zum Thema ›Familie Quo vadis?‹ mit den Vortragenden Hermann Binkert, Manfred Dreytza, Birgit Kelle, Gabriele Kuby, Jürgen Liminski, Andrea Schwalb und Hartmut Steeb. (Geistliches Rüstzentrum 2014)

2.5 ZWISCHENFAZIT

Die Deutlichkeit, mit der bestimmte familien- und geschlechterpolitische Ziele verfolgt werden, lässt darauf schließen, dass die AfD neben der Euro-Kritik und der Kritik an der Parteidemokratie auch eine geschlechter- und familienpolitische Agenda verfolgt. Diese lassen sich zunächst in zwei Thematiken gliedern:

Familienpolitisch scheinen die Mitglieder der AfD die traditionelle Familie bedroht zu sehen durch eine Homolobby, die zuviel Einfluss insbesondere auf die Medien habe, wodurch es zu einer Verzerrung der wirklich relevanten mit marginalen Probleme käme.

Geschlechterpolitisch scheinen die Mitglieder der AfD jede Form von aktiver Gleichstellungspolitik bzw. grundsätzlich die Thematisierung von Geschlechterfragen abzulehnen. Beides wird von ihnen als ›Genderismus‹ abqualifiziert. Hier ist bereits die Rede von einer drohenden ›Umerziehung‹. Hochschulforschung, Medien und Sprache seien Felder, die wieder normalisiert, das heißt von der vermeintlichen Dominanz der Feministinnen befreit werden müssten. Auch eine geschlechtsbezogene Quotenpolitik wird rigoros abgelehnt.

3

**ABTREIBUNGS-
GEGNER_INNEN
UND AFD —
PERSONELLE UND
INHALTLICHE
ÜBERSCHNEIDUNGEN**

3.1 RADIKALE ABTREIBUNGSGEGNER_INNEN IM DEUTSCHSPRACHIGEN RAUM

Nach Sybill Schulz nimmt die Radikalität der Abtreibungsgegner_innen in den letzten Jahren zu. Dies habe das Berliner Familienplanungszentrum – BALANCE dazu veranlasst, sich mit der Herausgabe eines Sammelbandes (Familienplanungszentrum – BALANCE 2012) Klarheit über diese Szene zu verschaffen. Es handele sich nach Sybill Schulz großteils um einen

»Teil der evangelikalen Bewegung, die im 17./18. Jahrhundert entstanden ist und über die ›Weltweite Evangelikale Allianz‹ über 500 Millionen Mitglieder zählt. Zu ihren Hauptmerkmalen gehören der Glaube an die Irrtumslosigkeit der Bibel, der Kampf gegen die Evolutionslehre von Charles Darwin sowie der Kampf gegen Homosexuelle, das Selbstbestimmungsrecht der Frau und Schwangerschaftsabbrüche.« (Schulz 2012: 13; vgl. Hohnsbein 2012: 32)

Nach Schulz ist die Szene der radikalen Abtreibungsgegner_innen mit antifeministischen Einstellungen und Praxen verbunden. Auch Anne Thiemann hebt im selben Band hervor, dass es den radikalen Abtreibungsgegner_innen – vor allen denen, die religiös organisiert sind – um mehr als nur ein Abtreibungsverbot geht:

»Die katholische Kirche hat immer wieder deutlich gemacht, dass sie den offenen Umgang mit Sexualität und Verhütungsmitteln für zu freizügig hält. Aber auch andere christliche Gruppen vor allem in den USA setzen sich seit inzwischen mehr als einem Jahrzehnt gegen Aufklärungsunterricht an Schulen, gegen Pille und Kondom und für sexuelle Abstinenz in der Ehe ein. Mehr als ein Drittel aller Schüler_innen in den USA erhält inzwischen gar keinen Aufklärungsunterricht mehr, in vielen Bundesstaaten haben christlich-rechte Gruppen in den letzten Jahren die Gestaltung des Sexualkundeunterrichts unter der Maßgabe ›Abstinence-only‹ übernommen.« (Thiemann 2012)

In Deutschland machen radikale Abtreibungsgegner_innen vor allem durch die seit 2008 in verschiedenen Städten organisierten Protestmärsche der ›1000 Kreuze für das Leben‹ von sich Reden. (Hohnsbein 2012: 31)

Seit Anfang der 1990er Jahre sei in Deutschland durch die Massenevangelisationen Billy Grahams ein dichtes Netzwerk um die ›Evangelische Allianz Deutschland‹ gesponnen worden, führt Hartwig Hohnsbein aus, der als Pfarrer mit einer großteils evangelikalen Gemeinde konfrontiert war. *»Die Aktionen daraus werden publizistisch gebündelt und vermarktet von der idea-Pressagentur, deren Chefredakteur Helmut Matthies auch als Autor der Jungen Freiheit genannt wird. Ihm zur Seite*

steht der Generalsekretär der EAD, Hartmut Steeb, der sich ›Netzwerker‹ nennen lässt, der Vorsitzende des ›Treffens Christlicher Lebensrecht-Gruppen‹ und stellvertretender Vorsitzender des Vereins ProChrist.« (ebd.: 34) Neben der Evangelischen Allianz wären noch die zum Dachverband des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden gehörenden pfingstlich-charismatischen Gruppen zu nennen (Jentsch/ Sanders 2012: 38f.).

Zu den bekanntesten Aktionen, die aus der EAD¹⁰ heraus seit 2008 durchgeführt werden, nennt Hohnsbein u.a. das ›Christival‹, eine mehrtägige Jugend-Massenveranstaltung, zu denen auch Therapie-Seminare gegen Homosexuelle gehören, sowie Aktionen der ›Lebensrecht-Bewegung‹, bspw. die ›Märsche für das Leben‹ (Hohnsbein 2012: 34) .

Im ›Bundesverband Lebensrecht‹ (BVL) sind 14 ›Lebensrechtvereine‹ zusammengeschlossen, wobei der Verein ›Aktion Lebensrecht für alle e.V.‹ (ALFA) mit der Vorsitzenden Claudia Kaminski die mit Abstand größte Einzelorganisation ist. (ebd.: 35)

Zum Umfeld des BVL zählen jedoch nicht nur konfessionelle Gruppen, sondern auch rechtskonservative Gruppen wie die Partei ›Arbeit, Umwelt, Familie‹ (AUF), eine Abspaltung der ›Partei Bibeltreuer Christen‹ (PBC) (Jentsch/ Sanders 2012: 39f.).

Die ›Märsche für das Leben‹ erhalten Zulauf. In Berlin haben 2011 nach Polizeiangaben über 2000 Personen an dem Marsch teilgenommen (Notz 2012: 51). Diese Märsche seien keine isolierten Veranstaltungen, sondern europaweit vernetzt:

»Nicht nur in Berlin, auch in Münster, München, London, Madrid, Prag, Salzburg und Brüssel marschierten die fundamentalistischen Christen in den vergangenen Jahren. Die fundamentalistischen Christen sind europäisch und international gut vernetzt.« (Notz 2012:52)

[10] Die EAD wird auch mit DEA, Deutsche Evangelische Allianz, abgekürzt.

[11] Im Mai 2014 erscheint von Eike Sanders, Ulli Jentsch, Felix Hansen das Buch ›Deutschland treibt sich ab‹. Organisierter ›Lebensschutz‹, christlicher Fundamentalismus und Antifeminismus im Unrast-Verlag, Münster

3.2 PERSONELLE UND INHALTLICHE ÜBERSCHNEIDUNGEN ZWISCHEN AFD UND RADIKALEN ABTREIBUNGSGEGNER_INNEN

Bemerkenswert und aussagekräftig war die Reaktion von radikalen Abtreibungsgegner_innen auf die Etablierung der AfD. Hier ist zunächst fest zu halten, dass verschiedene Mitglieder der konservativ-christlichen Kleinpartei AUF zur AfD wechselten, wie bspw. der ehemalige Landesvorstand der AUF-Hessen, Janek Goda (echo-online 2013), oder die Gründerin des Arbeitskreises Christen in der Alternative für Deutschland, Martina Kempf.

Der Advent-Verlag teilte mit, dass die AfD auch für Adventisten interessant sei, da mindestens zwei Adventisten, Matthias Dorn und Martin Haase, für die AfD zu den Bundestagswahlen 2013 kandidierten (Advent-Verlag 2013).

Ähnlich wie der evangelikale Nachrichtendienst idea stellte auch Felizitas Küble im Christlichen Forum fest, dass die AfD-Spitzenkandidat_innen für die Europa-Wahl für eine wertkonservativ-christliche Politik stünden:

»Christliche und wertkonservative Politiker haben bei der Kandidaten-Aufstellung der Partei »Alternative für Deutschland« (AfD) für die Europawahl Ende Mai vordere Plätze erobert. Der Parteivorsitzende Prof. Bernd Lucke, ein engagierter evangelisch-reformierter Christ, wurde am 25. Januar in Aschaffenburg mit 261 Stimmen der 315 stimmberechtigten Delegierten auf den ersten Platz gewählt. »Ich werde immer die Bedeutung von Ehe, Familie und Kindern unterstreichen«, sagte Lucke in einem Interview mit der Wochenzeitung »Junge Freiheit«. Der frühere Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Olaf Henkel, kam auf Platz zwei der Liste für die Europawahl; er vertritt den klassisch-liberalen Flügel der Partei. Der baden-württembergische Landesvorsitzende Bernd Kölmel belegte den dritten Platz. Er hat sich in der Vergangenheit u.a. vehement gegen den »Bildungsplan 2015« der grün-roten Landesregierung Baden-Württembergs gewandt. »Bei aller Toleranz stehen wir insbesondere für den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft«, betonte Kölmel vor dem Parteitag. Auf Listenplatz vier wurde Beatrix von Storch [...] vom Landesverband Berlin gewählt: sie erhielt 142 von 282 Delegiertenstimmen. Die bekannte Euro-Kritikerin und christliche Lebensrechtlerin beteiligte sich im vorigen September persönlich am »Marsch für das Leben« in Berlin.« (Küble 2014)

Beatrix von Storch wird nicht umsonst lobend erwähnt. Sie lief beim Berliner »Marsch für das Leben« in der ersten Reihe mit (Kreutzfeldt 2013). Die Angaben nach der Größe dieses Marschs variierte von einigen hundert bis zu 4500 Teilnehmer_innen. Zudem finden sich allein vom 03.08.2013 bis zum 25.02.2014 im Freie-Welt-Magazin,

welches zur Netzwerk der »Zivilen Koalition« gehört, 21 Beiträge, die mit Abtreibung verschlagwortet sind, nur drei dieser Artikel waren von Frauen geschrieben worden.

Noch wesentlicher waren allerdings zwei Kampagnen ihrer Kollegin Hedwig von Beverfoerde: die erfolgreiche Unterschriftensammlung für die Europäische Bürgerinitiative »One-of-Us« und die Zurückweisung des Estrela-Berichts.

3.2.1 Europäische Bürgerinitiative »One-of-Us«

Eine »europäische Bürgerinitiative« ist ein Petitions-Instrument der Europäischen Institution. Mit dem Verfahren der europäischen Bürgerinitiative kann, wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind (u.a. einen Millionen Unterschriften), eine Petition dem EU-Parlament vorgelegt werden. »One-of-us«, »Einer-von-uns«, ist eine europäische Bürgerinitiative, die am 11.05.2012 registriert wurde mit dem primären Ziel:

»Die Würde des menschlichen Embryos muss geachtet, und seine Unversehrtheit sichergestellt werden. Dies geht aus der Entscheidung des EuGH in der Rechts-sache Brüstle hervor, in der der Embryo als erste Stufe der Entwicklung jedes Menschen anerkannt wird. Die EU möge daher, um die Kohärenz ihrer Politik in allen Bereichen, in denen das Leben des menschlichen Embryos auf dem Spiel steht, sicherzustellen, der Finanzierung aller Aktivitäten (insbesondere in den Bereichen Forschung, Entwicklungspolitik und öffentliche Gesundheit), die die Zerstörung menschlicher Embryonen voraussetzen, unterbinden.«

Die Initiative hatte zum erforderlichen Zeitpunkt weit mehr als die erforderlichen eine Millionen Unterschriften erreicht. Aus Italien kamen 623.947, aus Polen 235.964, aus Spanien 144.827 und aus dem bevölkerungstärksten Deutschland an vierter Stelle 137.874 Stimmen, dicht gefolgt von Rumänien mit 110.405 Stimmen. Es fällt auf, dass bis auf Deutschland die europäischen Staaten, in denen am meisten Stimmen zustanden kamen, ausgesprochen katholische Staaten sind. Insofern ist das Ergebnis für Deutschland beachtlich, wenn man es bspw. mit Großbritannien (26.298) oder Schweden (2.468) vergleicht. (ebd.)

Gestartet wurde die Initiative vom italienischen Kampagnennetzwerk »Fondazione Vita Nova«, welches 120.580 Euro bezuschusste. Die Ansprechpartnerin der europäischen Bürgerinitiative in Deutschland ist Hedwig von Beverfoerde, die ausgefüllten Bögen sollten an die Adresse der Zivilen Koalition (Zionskirchstraße 3, Berlin) geschickt werden.

Auf der deutschen Seite von »One-of-Us« (»Einer-von-uns«) sind explizit die Lebensschutz-Organisationen »Stiftung Ja zum Leben«, »Aktion Lebensrecht für alle e.V. (Alfa)«, »Bundesverband Lebensrecht«, »Initiative Familienschutz«, »Christdemokraten für das Leben« verlinkt.

3.2.2 Kontroverse um den Estrela-Bericht

Am 26.09.2013 legte die sozialdemokratische Europa-Abgeordnete Edite Estrela den Bericht über sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte als Entwurf dem Europäischen Parlament vor. Die Zivile Koalition reagierte umgehend mit Massenmails an Parlamentarier_innen, mit der Bitte, diesen Bericht zurückzuweisen. Edite Estrela erhielt in den Tagen 80.000 Mails¹². Auf der Seite des Internet-Magazins »FreieWelt.net« der Zivilen Koalition, wurden einzelne Politikerinnen, die dem Papier zustimmen wollten, explizit herausgehoben, bspw. Cornelia Ernst (Die Freie Welt 2013). Cornelia Ernst, Europa-Abgeordnete der Partei Die Linke kommentierte die Empfehlungen des Berichts folgendermaßen:

»Der Bericht enthält konkret folgende Punkte:

- den Aufruf an die Mitgliedsstaaten, Zugänge zu Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit auf Grundlage eines grundrechtsbasierten Ansatzes und ohne jegliche Form der Diskriminierung bereitzustellen
- die Empfehlung, moderne und hochwertige Zugänge zur Möglichkeit der legalen und sicheren Beendigung von ungewollten Schwangerschaften im öffentlichen Gesundheitssystem zu schaffen, die für alle einschließlich nichtansässiger Frauen verfügbar sind
- eine Betonung der Notwendigkeit, dass die Mitgliedsstaaten den Gebrauch des Rechts zur Verweigerung aus Gewissensgründen in den Schlüsselberufen gesetzlich regulieren und beobachten
- den Aufruf an die Mitgliedsstaaten, eine umfassende Sexualpädagogik einschließlich Maßnahmen zum Kampf gegen Stereotype und alle Formen der geschlechtsbasierten Gewalt zu fördern, die außerdem eine positive Sicht auf homo- oder intersexuelle Menschen beinhaltet

Ich werde diesem wichtigen Bericht zustimmen, und bin mit dieser Auffassung nicht allein. Er ist mit Mehrheit im Frauenausschuss des Europaparlaments verabschiedet worden und erhält auch die Unterstützung des Humanistischen Verbands Deutschlands (im Anhang die E-Mail des Humanistischen Verbands Deutschlands).« (Ernst 2013)

[12] Die Zivile Koalition ist mehrfach mit Massenspams bei der Seite Spam.de aufgefallen. Die Zivile Koalition scheint mit einem professionellen Adressenhändler zusammen zu arbeiten. (vgl. Kemper 2013c)

Zudem teilte sie mit, dass bei ihr täglich Spam-Mails eingingen:

»Zu diesem Bericht erhalte ich jeden Tag hunderte E-Mails von Bürgern, die mich auffordern, diesem Bericht nicht zuzustimmen. [...] Nun wird gegen mich der Vorwurf erhoben, ich würde in meiner Argumentation das Urteil C-34/10 des EuGH nicht beachten, Abtreibung propagieren und einen sogenannten "Sexualerziehungszwang" in Schulen befürworten. Ein entsprechender Artikel findet sich auf der Website freiewelt.net« (ebd.)

Nach Aussagen der Freien Welt stellte sich der Widerstand gegen das Papier von Edite Estrela folgendermaßen dar:

»Der Frauenausschuss des Europäischen Parlaments hatte einen Berichtsentwurf verabschiedet, der unter Federführung der sozialistischen Abgeordneten Edite Estrela entstanden war. Darin enthalten war die Forderung nach einem Recht auf Abtreibung und der Einführung von verpflichtendem Sexualekundeunterricht in ganz Europa. Doch dagegen liefen die Bürger Europas Sturm. Die Europäische Bürgerinitiative EINER VON UNS und die Initiative Familienschutz – beide angeführt von Hedwig von Beverfoerde – organisierten eine Demonstration vor dem Europäischen Parlament in Straßburg und riefen zum E-Mail-Protest gegen die Beschlussvorlage auf. Mit Erfolg, denn in einer spektakulären, turbulenten Sitzung verweigerte das Europäische Parlament dem Entwurf seine Zustimmung und verwies ihn zurück in den Ausschuss. Die Befürworter von Abtreibung und Frühsexualisierung schäumten vor Wut.« (Die Freie Welt 2013b)

Bernd Lucke forderte in einer Pressemitteilung der AfD die Europa-Parlamentarier_innen auf, das Estrela-Papier abzulehnen. Die EU maße »schleichend immer mehr Kompetenzen an, die ihr nicht zustehen [...] Jedes EU-Land hat seine eigene kulturelle und religiöse Prägung und muss deshalb ethische Fragestellungen selbst entscheiden dürfen.« (Alternative für Deutschland 2013) Lucke bemängelte auch die Wortwahl des Papiers, diese sei »ein bewusster Akt der Intransparenz, denn tatsächlich geht es darum, staatliche Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch, zum Embryonenschutz und zur Reproduktionsmedizin auf dem niedrigstmöglichen Nenner zu verankern. Das würde dann auch einer weiteren Kommerzialisierung in diesen Bereichen Tür und Tor öffnen.« (ebd.)

Nach der endgültigen Rücknahme des Estrela-Berichts feierte Beatrix von Storch dies auf ihrer Facebook-Seite:

»ESTRELLA- GOES HOME! WIR HABEN DEN BERICHT GESTOPPT!!! Das Europaparlament hat es dann doch mit knapper Mehrheit abgelehnt, „tabulose, interaktive Sexualausbildung“ ab der Grundschule zu fordern, für 0 - 4 -Jährigen Masturbationslernerheiten zu fordern und das Recht auf Abtreibung als europäisches Menschenrecht einzuführen. YEAH! SO GEHT WIDERSTAND! Danke an alle, die mit uns gestern in Straßburg wieder demonstrierten, Briefe, Schnuller und Kondome verteilten und den ganzen Laden da in Schwung gebracht haben!« (Storch 2013)

Am 4.2.2014 wurde das sogenannte ›Lunacek-Papier‹ (Lunacek 2014) mit großer Mehrheit angenommen. Ulrike Lunacek, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion Die Grünen/EFA im Europäischen Parlament und Co-Vorsitzende der LGBT-Inter-group im Europaparlament hatte in diesem Bericht die EU-Kommission aufgefordert, einen ›Fahrplan gegen Homophobie‹ vorzulegen. Dieser Bericht ›fordert die Kommission, die Mitgliedstaaten und die einschlägigen Einrichtungen auf, gemeinsam eine umfassende Politik zum Schutz der Grundrechte von LGBTI-Personen über einen Zeitraum von mehreren Jahren zu erarbeiten‹ (Lunacek 2014). Im Vorfeld dieser Abstimmung sah sich die Abgeordnete mit einem sogenannten ›Shitstorm‹ konfrontiert. Sie habe 40.000 E-Mails erhalten, die sie aufforderten, ihren Bericht zurückzuziehen, zudem sei ihre Website gehackt worden. (Fülbeck 2014)

3.2.3 Bildungsplan 2015

Der Landesverband Baden-Württemberg der AfD gab in einer Pressemitteilung am 14.01.2014 eine Erklärung zum Bildungsplan 2015 der rot-grünen Landesregierung ab. Es wird bemängelt, dass zunächst »das leistungsstarke dreigliedrige Schulsystem [...] zerschlagen« wurde, »indem sie die Grundschulempfehlung abschaffte und sogenannte Gemeinschaftsschulen einrichtete«. Mit dem vorgelegte Bildungsplan 2015 solle »parallel dazu eine pädagogische, moralische und ideologische Umerziehungskampagne an allgemeinbildenden Schulen vorbereitet werden«. Im Bildungsplan 2015 solle eine ›Akzeptanz sexueller Vielfalt‹ eingefordert werden: »Dies bedeutet, Schülern sollen die verschiedenen Formen des Zusammenlebens von/mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender, Transsexuellen und Intersexuellen (LSBTI) vermittelt werden. Auch sollen die Schüler verstärkt zur Reflexion ihrer eigenen sexuellen Orientierung und Identität angeregt werden und unter anderem lernen ›erlebtes Geschlecht, biologisches Geschlecht, soziales Geschlecht und juristisch zugeschriebenes Geschlecht‹ zu unterscheiden.« Die AfD-BW stehe für »für den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft« und protestiere gegen die »eklatante Missachtung der Elternrechte bei der Erziehung und die Relativierung und Diskreditierung traditioneller Geschlechterrollen unter der Flagge des Gender-Mainstreaming«. Bildung und Erziehung sei vor allem Aufgabe der Eltern, insbesondere im »höchst sensiblen Bereich der Sexualität«. Da die AfD-BW eine staatliche Einflussnahme auf die Sexualität der Kinder befürchte,

bitte sie ihre Mitglieder und Unterstützer_innen die Petition ›Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens‹ zu unterzeichnen und mitzutragen. (Alternative für Deutschland – LV BW 2014)

In Stuttgart fanden am 1. Februar 2014 und am 1. März 2014 Demonstrationen gegen den Bildungsplan 2015 mit jeweils mehreren hundert Personen statt. Bereits während der ersten Demonstration fielen die blauen Plakate der AfD auf. Zur zweiten Demonstration rief der Blog ›Die Alternative‹ des Landesverbandes Baden-Württemberg der AfD (Die Alternative 2014) auf. Die Junge Alternative BW teilte auf ihrer Facebook-Seite am 1. März 2014 mit, »zahlreich gegen den Bildungsplan« zu demonstrieren.

Während der zweiten Demonstrationen wurde ausführliche Grußwörter der Antifeministinnen Christa Meves und Gabriele Kuby verlesen.

Am 1.9.2014 startete der Sprecher der AfD Essen, Marco Trauten, eine Petition zur Abschaffung des Paragraphen 33 (Sexualerziehung) im NRW-Schulgesetz. Es heißt im Petitionsantrag:

»Wir verlangen die Abschaffung des § 33 (Sexualerziehung), bzw. alternativ Anlehnung an § 31 (Religionsunterricht), Abs. (6), der einer Teilnahme des Kindes an der Sexualerziehung die Möglichkeit der Befreiung durch die Eltern gibt.

Begründung:

Sexualerziehung soll Privatsache zwischen Eltern und Kindern sein, um schädliche Einflüsse, die über den Unterricht durch die einzelnen Parteien mit moralisch zweifelhaftem Hintergrund auf die Schüler einwirken können, zu verhindern.

In der heutigen Zeit mit dem Höchstmaß an Informationsquellen ist es nicht mehr nötig, sich einseitig über den Unterricht informieren zu lassen. Reibungspunkte mit anderen Glaubensrichtungen, deren Sexualverständnis nicht die gleiche Offenheit wie unsere westliche Gesellschaft hat, sind unvermeidbar und sollten daher nicht zusätzlich im Unterricht erzeugt werden. Auf Grund von Strömungen in NRW-Parteien mit Regierungsbeteiligung, die z.T. die Abschaffung des Inzest- und des Pädophilie-Paragraphen fordern, ist es nicht gewährleistet, dass der Unterricht der Hauptmeinung der Bürger folgt, sondern experimentell als Grundlagenschaffung auf Kosten der Kinder dienen soll.«

Im Gegensatz zu den Aktionen gegen den Bildungsplan 2015 in Baden-Württemberg wurde diese Petition nicht besonders beachtet. Am 2. März 2014 hatte diese Petition 2389 Unterstützer_innen.

Die ›Alternative für Deutschland‹ existiert nun ein Jahr. Während von Anfang an eine starke Orientierung auf familienpolitische Themen bestand, entwickelte sich erst nach und nach eine geschlechterpolitische Positionierung.

Im Sommer 2013 zeigten sich geschlechterpolitische Auseinandersetzungen zunächst im Konflikt um die gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft. Mit dem Rücktritt von Franz Niggemann, der hierfür explizit als Grund die zunehmende Dominanz der konservativen Position von Beatrix von Storch benannte, scheinen sich heteronormative Positionen zugunsten klassischer Familienkonstellationen (Vater, Mutter, Kinder) durchgesetzt zu haben. Bernd Luckes Statement zum Outing des schwulen Fußballspielers Hitzlsperger unterstreicht diese Dominanz.

Die sehr deutlichen Antworten der Mitgliederbefragung zu geschlechterpolitischen Themen gegen Gender-Mainstreaming und Gleichstellungspolitik machen deutlich, dass auch die Parteibasis antifeministisch und heteronormativ eingestellt ist.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die AfD zusätzlich zur Euro-Kritik und der Positionierung als ›Anti-Parteien-Partei‹ einen dezidiert antifeministischen dritten Schwerpunkt ausbaut: Die radikale Kritik an jeder Form von Gleichstellungspolitik, von der AfD als ›Genderismus‹ diffamiert, könnte zum dritten Markenzeichen der Partei avancieren.

Der Arbeitskreis ›Christen in der Alternative für Deutschland‹ wird als ein Motor für eine solche Entwicklung arbeiten. Darüber hinaus hat die Zivile Koalition anhand des Erfolgs der Europäischen Bürgerinitiative ›One-of-Us‹ und der Zurückweisung des Estrela-Berichts die Kampagnenfähigkeit unter Beweis gestellt. Beide Kampagnen waren europaweit koordinierte Aktionen. Da die AfD bei allen Meinungsumfragen der letzten Wochen zum Europäischen Parlament bei über 5 Prozent erreichte, ist davon auszugehen, dass Beatrix von Storch, die auf Platz 4 bei der AfD kandidiert, der Einzug ins Parlament gelingt, wodurch die europaweit koordinierte Kampagnenfähigkeit der ›Zivilen Koalition‹ noch weiter gestärkt wird.

Ein neues Phänomen sind die als antifeministisch und mindestens latent homophob einzuschätzenden Demonstrationen gegen den Bildungsplan 2015 in Stuttgart, an denen die AfD beteiligt ist. AfDler in NRW versuchen bereits, ähnliche Proteste zu initiieren.

Vor dem Hintergrund der anwachsenden ›Märsche für das Leben‹ könnte der AfD mit ihrer bundesweiten politischen Struktur eine katalytischen Funktion für größere antifeministische Demonstrationen zukommen.



LITERATUR



- **Adam, Konrad (2004):** Der Rabenstaat, in: Die Welt vom 05.04.2004
- **Advent-Verlag (2013):** Partei ›Alternative für Deutschland‹ auch für Adventisten interessant, in: ›Adventisten heute‹-Aktuell vom 23.8.2013, URL: http://www.advent-verlag.de/cms/cms/front_content.php?idart=3850
- **Aigner, Isolde (2012):** ›Schrumpfmänner‹ im ›lila Imperium‹ – antifeministische Denkmuster im medialen Diskurs. In: Andreas Kemper (Hrsg.): Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum, Münster, S. 46–57
- **Alternative für Deutschland – BV (2013):** Unzulässige Kompetenzanmaßung der EU. Pressemitteilung vom 09.12.2013, URL: <https://www.alternativefuer.de/2013/12/09/unzulaessige-kompetenzanmassung-der-eu/>
- **Alternative für Deutschland – BV (2013b):** Wichtige Mitteilung in eigener Sache, AfD-Facebook-Seite vom 20.06.2013, URL: <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=590162197680790&set=a.542889462408064.1073741828.540404695989874&type=1>
- **Alternative für Deutschland – BV (2014):** Mitgliederbefragung zur Europawahl 2014 – Abschnitt 1, URL: <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/MGB.Abschnitt.1.Auswertung.pdf>
- **Alternative für Deutschland – BV (2014b):** Mitgliederbefragung zur Europawahl 2014 – Abschnitt 2, URL: <https://www.alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/MGB.Abschnitt.2.Auswertung.pdf>
- **Alternative für Deutschland – LV Berlin (2013):** Auf dem schwul-lesbischen Motzstrassenfest erhält die Alternative für Deutschland viel Zuspruch, Pressemitteilung vom 17.06.2013, URL: <http://afd-berlin.eu/wp/2013/06/auf-dem-schwul-lesbischen-motzstrassenfest-erhaelt-die-alternative-fuer-deutschland-viel-zuspruch/>
- **Alternative für Deutschland – LV BW (2014):** Grün-Roter Bildungsplan 2015 missachtet Elternrechte, Pressemitteilung vom 14.01.2014, URL: <http://alternativefuer-bw.de/2014/01/gruen-roter-bildungsplan-2015-missachtet-elternrechte/>
- **Alternative für Deutschland – LV NRW (2013):** Landesparteitag stellt Positionen klar. Pressemitteilung vom 03.08.2013, URL: http://www.nrw-afd.de/wp-content/uploads/2013/08/AfD_PM_Vision_Mission.pdf
- **Alternative für Deutschland – LV NRW (2013b):** Alternative für Deutschland NRW gegen Quotenregelung. Die Bevorzugung von ›Stellvertretern‹ eines Geschlechtes widerspricht Artikel 3 des Grundgesetzes, Pressemitteilung vom 03.08.2013, URL: http://www.nrw-afd.de/wp-content/uploads/2013/08/AfD_PM_Quote.pdf
- **Alternative für Deutschland – LV NRW (2013c):** Stopp dem Genderismus-Wahn. Für echte Emanzipation – gegen staatliche Bevormundung, Pressemitteilung vom 03.08.2013, URL: http://www.nrw-afd.de/wp-content/uploads/2013/08/AfD_PM_Genderismus.pdf
- **Ankenbrand, Hendrik (2014):** Christliche Alternative für Deutschland, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 09.03.2014, S. 22
- **Brand, Lennart (2013):** Erster christlicher Arbeitskreis in der Alternative für Deutschland (AfD) gegründet, in: Die Alternative. Online-Journal der Alternative für Deutschland Landesverband Baden-Württemberg vom 22.08.2013, URL: <http://blog.alternativefuer-bw.de/805/erster-christlicher-arbeitskreis-in-der-alternative-fur-deutschland-afd-gegrundet/>
- **Casale, Patricia (2014):** Interview mit Patricia Casale, in: Blog Euro-Kritik und Alternative Politik vom 10.01.2014, URL: <http://eurokritiker.com/2014/01/10/interview-mit-patricia-casale/>
- **Claus, Robert (2012):** Ambivalente Identitäten – Männlichkeiten im Maskulismus zwischen Traditionalismus und Flexibilisierung, in: Andreas Kemper (Hrsg.) (2012): Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum, Münster, S. 79–100
- **Czada, Jan (2013):** Allianz für Europa: Für eine Vernunftkoalition der Einheit in Vielfalt, in: Euroblog.de vom 28.01.2013 URL: <http://europablog.net/post/41795684132/vernunftkoalition-allianz-fuer-europa>
- **Die Alternative (2014):** Aufruf zur Teilnahme an der Demo gegen den Bildungsplan am 1. März 2014 in Stuttgart, in: Blog Die Alternative vom 22.02.2014, URL: <http://blog.alternativefuer-bw.de/1596/aufruf-zur-teilnahme-an-der-demo-gegen-den-bildungsplan-am-1-marz-2014-in-stuttgart/>
- **Die Freie Welt (2013):** EU-Linke für Sexualerziehungs-Pflicht & Abtreibung, FreieWelt.net vom 17.10.2013, URL: <http://www.freiewelt.net/nachricht/eu-linke-fur-sexualerziehungs-pflicht-abtreibung-10013448/>

- **Die Freie Welt (2013b):** Skandal um ›Estrela-Bericht‹. Erfolg von EINER VON UNS – vom WDR diffamiert, FreieWelt.net vom 28.10.2013, URL: <http://www.freiewelt.net/reportage/erfolg-von-einer-von-uns-vom-wdr-diffamiert-10014383/>
- **Die Freie Welt (2013c):** Das Forum für die Freiheit – ein Report, FreieWelt.net vom 11.09.2013, URL: <http://www.freiewelt.net/reportage/das-forum-fur-die-freiheit-ein-report-10010260/>
- **Dilger, Alexander (2013):** Falsche Distanzierung, in: Blog von Alexander Dilger vom 23.06.2013, URL: <http://alexanderdilger.wordpress.com/2013/06/23/falsche-distanzierung/>
- **echo-online (2013):** Golas Alternative, in: echo-online.de vom 08.07.2013, URL: <http://www.echo-online.de/region/darmstadt-dieburg/gross-zimmern/Golas-Alternative;art1290,4088987>
- **ERNA (2013):** Info, in: Facebookseite ERNA, URL: <https://www.facebook.com/pages/Erna-Frauennetzwerk-der-Alternative-f%C3%BCr-Deutschland/454726994653192?id=454726994653192&sk=info>
- **Ernst, Cornelia (2013):** Unterstützung des Estrela-Berichtes – Sexuelle und reproduktive Rechte sind Menschenrechte!, in: Blog von Cornelia Ernst vom 18.10.2013, URL: <http://www.cornelia-ernst.de/2013/10/unterstutzung-des-estrela-berichtes-sexuelle-und-reproduktive-rechte-sind-menschenrechte/>
- **Estrela, Edite (2013):** Bericht über sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte (2013/2040(INI)) vom 26.09.2013, URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2013-0306+0+DOC+XML+V0//DE>
- **Fülbeck, Tobias (2014):** Kampf gegen Homophobie in Europa: EU-Parlamentarier lässt Shitstorm unbeeindruckt – Zustimmung für Lunacek-Bericht, in: Huffington Post vom 4.02.2014, URL http://www.huffingtonpost.de/2014/02/04/lunacek-homophobie-eu-parlament_n_4722657.html
- **Geistliches Rüstzentrum Krelingen (2014):** Familie quo vadis? Familie und der Wertewandel in Kirche und Gesellschaft. Kongressinformationen, Walsrode, URL: <http://www.grz-krelingen.de/download/Familienkongress.pdf>
- **Große Europakommission der AfD (2013):** Europawahlthesen, 15.12.2013, URL: <http://alternatiefuer-bw.de/wp-content/uploads/2013/11/Europawahlthesen-15.12.13.pdf>
- **Hübner, Wolfgang (2013):** Die Geburt einer Bürgerpartei des 21. Jahrhunderts. Erste Überlegungen zur ›Alternative für Deutschland‹, in: Homepage Freie Wähler Frankfurt vom 1.4.2013, URL: <http://freie-waehler-frankfurt.de/artikel/index.php?id=497>
- **idea (2013):** Vorbilder. ›Die Christen des Jahres 2013‹, in: idea.de vom 18.12.2013, URL: <http://www.idea.de/detail/thema-des-tages/artikel/vorbilder-die-christen-des-jahres-2013-989.html>
- **Initiative Familien-Schutz (2009):** Politik verändern für Familien. Familien-Schutz – eine Initiative der Zivilen Koalition e.V., Berlin, URL: <http://www.familien-schutz.de/wp-content/uploads/2009/07/Politik-ver%C3%A4ndern-f%C3%BCr-Familien.pdf>
- **Initiative Familien-Schutz (2013):** Fragen zur Familienpolitik an die Kandidaten zur Bundestagswahl 2013, URL: http://www.familien-schutz.de/wp-content/uploads/1972/09/Fragebogen_KandidatenCheck_2013.pdf
- **Junge Alternative (2013):** Statusmeldung zu Wolfgang Hübner, in: Facebook-Seite der Jungen Alternative für Deutschland vom 01.04.2014, URL: https://www.facebook.com/jafuer.de/posts/425564580871491?stream_ref=10
- **Junge Alternative (2014):** Gleichberechtigung statt Gleichmacherei, in: Facebook-Seite der Jungen Alternative für Deutschland vom 14.03.2014, URL: https://www.facebook.com/media/set/?set=a.220581474799061.1073741835.109330799257463&type=1&stream_ref=10
- **Junge Alternative – BW (2013):** JA Baden-Württemberg: Zu Gast beim Studienzentrum in Weikersheim, in: Homepage der Jungen Alternative für Deutschland. Landesverband Baden-Württemberg vom 14.09.2013, URL: <http://jabw.wordpress.com/2013/09/14/ja-baden-wuerttemberg-zu-gast-beim-studienzentrum-weikersheim/>
- **Junge Alternative – NRW (2014):** EU-Politik kontrovers. Nigel Farage (UKIP) zu Gast bei der Jungen Alternative für Deutschland in Köln, Pressemitteilung vom 13.03.2014, URL: https://www.dropbox.com/s/67sopbhaj1jtt8a/PM_Nigel_Farage_bei_der_Jungen_Alternative_NRW.docx

- **Kemper, Andreas (2011):** (R)echte Kerle. Zur Kumpanei der MännerRECHTSbewegung, Münster
- **Andreas Kemper (Hrsg.) (2014):** Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum, Münster
- **Kemper, Andreas (2013):** Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland. Zivile Koalition e.V., Münster
- **Kemper, Andreas (2013b):** Wer ist der ›Freundeskreis der Alternative für Deutschland‹?, in: Blog von Andreas Kemper vom 28.08.2013, URL: <http://andreaskemper.wordpress.com/2013/08/28/wer-ist-der-freundeskreis-der-alternative-fur-deutschland/>
- **Kemper, Andreas (2013c):** Mit Adressenhandel zum Wahlerfolg?, in: Blog von Andreas Kemper vom 07.09.2013, URL: <http://andreaskemper.wordpress.com/2013/09/07/mit-adressenhandel-zum-wahlerfolg/>
- **Kemper, Andreas (2014):** Sarrazins Correctness. Zur Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen, Münster
- **Klein, Dennis (2013):** ›Deutschlands führende Homophobe‹. Christa Meves will ins Europaparlament, in: Queer.de vom 29.11.2013, URL: http://www.queer.de/detail.php?article_id=20542
- **Krelinger Briefe (2007):** Krelinger Briefe Nr. 5/6 vom Mai/ Juni 2007, Walsrode URL: http://www.grz-krelingen.de/upload/KB_507.pdf
- **Kreutzfeldt, Malte (2013):** Die neue FDP, in: taz vom 24.09.2013, URL: <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=hi&dig=2013%2F09%2F24%2Fa0079&cHash=8de005f0f3f4498d2b092a50139d2b98>
- **Küble, Felizitas (2014):** AfD wählte engagierte Christen und Konservative auf Spitzenplätze zur Europawahl, in: Christliches Forum vom 28.01.2014, URL: <http://charismatismus.wordpress.com/2014/01/28/afd-wahlt-engagierte-christen-und-konservative-auf-spitzenplatze-zur-europawahl/>
- **Lachmann, Günther (2014):** Auflösungserscheinungen in der AfD, in Welt-online vom 05.03.2014, URL: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article125450132/Aufloesungserscheinungen-in-der-AfD.html>
- **Lunacek, Ulrike (2014):** Entwurf einer Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem EU-Fahrplan zur Bekämpfung von Homophobie und Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität (2013/2183(INI), EU-Bericht vom 8.1.2014, URL: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A7-2014-0009+0+DOC+XML+V0//DE>
- **MDR Sachsen (2014):** Landesparteitag in Zwickau AfD will in den Sächsischen Landtag, Homepage des MDR vom 03.03.2014, URL: <http://www.mdr.de/sachsen/afd-sachsen-parteitag100.html>
- **Niggemann, Franz (2014):** Rücktrittserklärung, in: Facebookseite von Franz Niggemann vom 04.03.2014, URL: https://www.facebook.com/franz.niggemann.3/posts/219953024874583?stream_ref=10
- **Niewendick, Martin (2014):** AfD-Jugend strikes against Genderterror!, in: ruhrbarone. Journalisten bloggen das Revier vom 14.03.2014, URL: <http://www.ruhrbarone.de/afd-jugend-strikes-against-genderterror/75586>
- **Notz, Gisela (2012):** Alle Jahre wieder: Die Märsche der Abtreibungsgegner, in: Familienplanungszentrum BALANCE (Hg.) (2012): Die neue Radikalität der Abtreibungsgegner_innen im (inter-)nationalen Raum. Ist die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen heute in Gefahr?, Neu-Ulm
- **Osbild, Reiner (2014):** Sind Abtreibungen nur eine Angelegenheit für Frauen? In: Eurokritiker.de vom 27.01.2014, URL: <http://eurokritiker.com/2014/01/27/sind-abtreibungen-nur-eine-angelegenheit-fur-frauen/>
- **Patriotische Plattform (2014):** Gründungserklärung, in: Blog der Patriotischen Plattform der Alternative für Deutschland vom Januar 2014, URL: <http://www.patriotische-plattform.de/>
- **Rheinische Post (2014):** AfD-Chef Bernd Lucke bemängelt Hitzlspergers Coming-Out, in Rheinische Post vom 11.01.2014, URL: <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/afd-chef-bernd-lucke-bemaengelt-hitzlspergers-coming-out-aid-1.3955561>
- **Röhl, Bettina (2013):** Der Irrsinn der Entmännlichung unserer Gesellschaft, in: Wirtschaftswoche vom 09.07.2013, URL: <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/bettina-roehl-direkt-der-irrsinn-der-entmaennlichung-unserer-gesellschaft/8469200.html>

- **Röhl, Bettina (2013b):** Wie die AfD die Politik verändert, in: Wirtschaftswoche vom 27.08.2013, URL: <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/bettina-roehl-direkt-wie-die-afd-die-politik-veraendert/8697252.html>
- **Rosenbrock, Hinrich (2012):** Die Hauptideologien der Männerrechtsbewegung, in: Andreas Kemper (Hrsg.) (2012): Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum, Münster, S. 58-78
- **Schulz, Sybill (2012):** „Mit Faschisten verglichen“. Interview mit Patricia Hecht, in: taz.de vom 18.09.2012, URL: <http://www.taz.de/1101849/>
- **Schumny, Hardi (2014):** „Wie christlich darfs denn sein?“ Ein Beitrag zur Positionsbestimmung der AfD im Parteienspektrum, in: Die Alternative vom 31.01.2014, URL: <http://blog.alternativefuer-bw.de/1550/wie-christlich-darfs-denn-sein/>
- **Storch, Beatrix von (2013):** Kommentar, in: Facebook-Seite von Beatrix von Storch vom 10.12.2013, 13:40 Uhr, URL: <https://www.facebook.com/BeatrixO/posts/10202392350632937>
- **Strobel, Katharina (2013):** Tabubruch im EU-Parlament. Abtreibungsgegner und Ultrakonservative obstruieren Verabschiedung eines Berichts, in: Neues Deutschland vom 10.12.2013, URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/917560.tabubruch-im-eu-parlament.html>
- **Tillschneider, Hans-Thomas (2014):** AfD – kein Grund zum Verzweifeln!, in: Blog der Patriotischen Plattform der Alternative für Deutschland vom 28.01. 2014, URL: <http://www.patriotische-plattform.de/afd-kein-grund-zum-verzweifeln/>
- **Trauten, Marco (2014):** Petition: Streichung des § 33 (Sexualerziehung) aus dem Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen, in: OpenPetition vom 09.01.2014, URL: <https://www.openpetition.de/petition/online/streichung-des-33-sexualerziehung-aus-dem-schulgesetz-fuer-das-land-nordrhein-westfalen>

ÜBER DEN AUTOR

Andreas Kemper, Soziologe, forscht schwerpunktmäßig zu klassenbezogenen Diskriminierungen (*Klassismus 2009*), hierzu arbeitet er auch im Rahmen einer Doktorarbeit. Er analysierte den organisierten Antifeminismus (*Rechte Kerle 2011, Die Maskulisten 2012*), sowie die Partei Alternative für Deutschland (*Reche Euro-Rebellion 2013*). Aktuell setzt er sich mit Sarrazins Forderungen nach Menschen- und Bevölkerungskorrekturen auseinander (*Sarrazins Correctness 2014*). Diese Themen behandelt Andreas Kemper auch mit aktuellen Beiträgen auf seinem Blog <http://andreaskemper.wordpress.com> und in Vorträgen.

IMPRESSUM

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung • Forum Politik und Gesellschaft
Hiroshimastraße 17 • 10785 Berlin

Autor: Andreas Kemper

Redaktion: Christina Schildmann / Bettina Luise Rürup • Friedrich-Ebert-Stiftung
Redaktionelle Betreuung: Doreen Mitzlaff • Friedrich-Ebert-Stiftung
Gestaltung: Dominik Ziller • DZGN

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung seitens der FES nicht gestattet.

© 2014 • Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Politik und Gesellschaft • www.fes.de
